



Editorial

Wählen gehen!

Nie war eine Europawahl so wichtig wie die am 26. Mai 2019. Bei dieser Wahl geht es darum, ob Europa in den Nationalismus zurückfällt, oder sich die EU kraftvoll neu begründet. Probleme wie die Klimakrise sind so groß, dass sie kein Land alleine lösen kann. Das Wahlprogramm von Bündnis 90/Die Grünen heißt „Europas Versprechen erneuern“. Wenn Ihr mehr über unsere grünen Ideen für Europa wissen möchtet: www.gruene.de

In diesem Stachel haben - neben unseren expliziten Europa-Seiten - eigentlich fast alle Themen auch irgendwie mit Europa zu tun. Europäische Nachbarstädte zeigen Wege gegen den Mietwahn. Gemeinsam mit den europäischen Schwestern* beziehen wir Stellung gegen Homo-, Bi-, Inter- & Trans*phobie. Junge Menschen aus Europa und der ganzen Welt geben dem Kampf gegen die Erderwärmung neuen Drive. Aus „Erbfeinden“ werden europäische Freunde.

Wir dürfen unser Europa weder den Orbáns und Salvini, noch den Konzernen überlassen. Deshalb: Geht wählen!



Gemeinsam für eine gemeinwohlorientierte Mietenpolitik auf der Demo gegen Mietwahn am 6. April in Berlin

Foto: Katrin Schmidberger

Inhalt

Mieten-Spezial	Seite 2
Urheberrechtsreform	3
Maydays	3
Fridays for Future	3
1. Mai	4
IDAHOBIT	4
Kommentar	4
Klimaschutz	5
Grüne Oasen in Xhain	5
Deutsche Umwelthilfe	5
Verkehr	6
Impressum	6
Europawahl	7
RAW	8
Markthalle IX	8
Halbzeitbilanz in Berlin	9
Freiraum an der Spree	9
Tiny House	10
Wohnungslosigkeit	10
Service	10
Silvio-Meier-Preis	11
Bibliotheken in Xhain	12
Deutschförderung	12
Jugendfördergesetz	12
Generalsdebatte	13
Hofbegrünung	13
Abschied von Elke Böttcher	14

Anfang April begann die Unterschriftensammlung für das Volksbegehren „Deutsche Wohnen & Co enteignen“. Im Vorfeld wandte sich Canan Bayram mit einigen rechtlichen Fragen an den Wissenschaftlichen Dienst des Deutschen Bundestags.

Vor über einem Jahr führte ich in einer Veranstaltung aus, dass der Staat zum Schutz der Mieter*innen weitreichende Eingriffe in das Eigentum – bis hin zur Enteignung gegen Entschädigung – vornehmen kann, was einige zu Aufschrei und Kritik veranlasste. Umso mehr freut es mich als Juristin, wie sachlich derzeit inhaltlich über die Initiative „Deutsche Wohnen enteignen“ diskutiert wird. Die in meinem Wahlkreis Friedrichshain-Kreuzberg entstandene Initiative will die großen privaten Wohnungsbauunternehmen (ab 3.000 Wohnungen) in Berlin nach Artikel 15 des Grundgesetzes (GG) vergesellschaften, mit dem Ziel, der Verdrängung von Mieter*innen entgegenzuwirken und die Mietpreise in der Stadt stabil zu halten.

Ende letzten Jahres wandte ich mich an den wissenschaftlichen Dienst des Bundestags mit Fragen zur Vergesellschaftung gemäß Artikel 15 GG. Und erhielt Anfang des Jahres die für einige vielleicht überraschende Antwort, es würde gehen, wenn man politisch wollte und es gut gemacht wäre. Jedenfalls widerspricht das Gutachten den Kritiker*innen, welche die Umsetzung der Ziele der Initiative „Deutsche Wohnen enteignen“ für unmöglich halten.

Was das Grundgesetz zur Vergesellschaftung sagt

Artikel 15 des Grundgesetzes setzt seinem Wortlaut nach ein Gesetz voraus: „Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden. Für

die Entschädigung gilt Art. 14 Absatz 3 entsprechend.“ Dieses Gesetz könnte vom Land Berlin erlassen werden, führt das Gutachten aus, da der Bund bisher von seiner Gesetzgebungskompetenz keinen Gebrauch gemacht hat. In einem solchen Sozialisierungsgesetz müsste dann aufgelistet werden, unter welchen Voraussetzungen Wohnungen bzw. Grundstücke sozialisiert werden sollen. Daher würde die Übernahme von Wohnungen der Deutschen Wohnen u.a. zwingend erfordern, diese in die Gemeinwirtschaft zu überführen. Dies würde einer Eingliederung in die bestehenden (privatwirtschaftlich organisierten) landeseigenen Unternehmen entgegenstehen. Es wäre aber eine Anstalt des öffentlichen Rechts denkbar, in der das gemeinwirtschaftliche Prinzip lediglich Kostendeckung zum Ziel hat und „Rendite mit der Miete“ ausschließt.

Die Frage, warum eine Vergesellschaftung erst bei Unternehmen mit

einer Mindestanzahl von 3.000 Wohnungen greifen soll, wird in dem Gutachten nicht beantwortet. Aber aus der zitierten Literatur wird deutlich, dass eine „Sozialisierungsreife“ bei Großunternehmen eher unproblematisch wäre.

Beachtlich sind die Ausführungen in dem Gutachten des Wissenschaftlichen Dienstes zur Frage der Entschädigung. Denn es stellt sich die Frage, ob das Land Berlin überhaupt über die Mittel verfügt, diese Wohnungen nach dem Verkehrswert von der Deutschen Wohnen und Co zu erwerben. Aus rechtlicher Sicht ist klar, dass dem Staat nicht verunmöglicht werden kann, seine Aufgaben wahrzunehmen, weil ihm die finanziellen Mittel fehlen. Zudem habe sich der Gesetzgeber mit der Formulierung, dass die Entschädigung „unter gerechter Abwägung der Interessen“ zu bestimmen sei, gerade gegen das Erfordernis einer bestimmten Ent-

schädigungshöhe entschieden, so das Gutachten. Artikel 15 lege nur fest, dass die Entschädigung nicht vollständig entfallen dürfe.

Die Vergesellschaftung von Wohnungen der Deutschen Wohnen & Co ist möglich, wenn es gelingt ein gutes Vergesellschaftungsgesetz zu verabschieden. Dabei könnte das Land die Wohnungen sogar deutlich unter dem Verkehrswert übernehmen. Das sollte allen Beteiligten klar sein. Entbehrlich wäre die Vergesellschaftung, wenn das Mietrecht die Mieter*innen vor Spekulation und überhöhten Mietpreisen wirksam schützen könnte. Insofern wäre ein Sozialisierungsgesetz des Landes Berlin ein Notwehrrecht gegen den Bundesgesetzgeber, der die Mieter*innen ungeschützt dem unkontrollierbaren Markt und damit dem Spekulant*innen überlässt.

■ Canan Bayram, Mitglied des Bundestages

Unterschreiben!

Deutsche Wohnen & Co enteignen

Seit Anfang April wird gesammelt: Die Initiative „Deutsche Wohnen & Co enteignen“ wirbt um die Unterstützung ihres Volksbegehrens zur Vergesellschaftung der Berliner Bestände großer Immobilienkonzerne. Das „Co“ im Namen verweist darauf, dass es nicht nur um die berüchtigte Deutsche Wohnen geht, sondern um alle Unternehmen mit Beständen von über 3000 Wohnungen. Diese sollen nach Artikel 15 des Grundgesetzes zum Zwecke der Vergesellschaftung in Gemeineigentum überführt werden. Je mehr Unterschriften schon beim ersten Schritt zusammen kommen, desto deutlicher das Zeichen an die Berliner Politik.

Weitere Informationen, Unterschriftenlisten zum Selbstsammeln und Auslagestellen zum Unterschreiben unter: www.dwenteignen.de

Kontakt: Initiative Deutsche Wohnen & Co enteignen c/o Stadtteilbüro Friedrichshain, Warschauer Straße 23, 10243 Berlin, Tel.: 0151/757 492 83, Mail: info@dwenteignen.de

Es gibt kein Recht auf unendliche Renditen

Wir sind für einen Berliner Mietendeckel, denn schon lange fordern wir die Wiedereinführung von Mietobergrenzen für Berlin, wie sie in West-Berlin bis 1989 existierten. Bisher sind alle davon ausgegangen, dass dies im Bundesmietrecht geregelt werden muss, weil das Land Berlin dazu keinerlei eigene Gesetzgebungskompetenz hat. Doch dann kam der Vorschlag für einen Berliner Mietendeckel. Jetzt gilt es, diesen rechtssicher und möglichst flächendeckend umzusetzen.

Der Jurist Peter Weber hat Ende des letzten Jahres mit einem Aufsatz zur Deckelung der Mieten in Berlin als Landesrecht Furore gemacht. Er leitet juristisch her, dass das Land Berlin durchaus preisrechtlich in die Miethöhen eingreifen kann. Das Wohnungswesen ist seit der Föderalismusreform 2006 ausschließlich Sache der Länder geworden. Hier kann also das Land nach eigenem Ermessen Schranken setzen.

Ziel der Koalition ist es, aus diesem Vorschlag ein konkretes Modell bis zum Ende des Jahres zu gießen. Die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen hat dazu eine Arbeitsgruppe mit den Senatsverwaltungen für Wirtschaft sowie Justiz und Finanzen unter Beteiligung der Senatskanzlei einberufen, um die offenen Fragen, die sich stellen, schnell zu klären und eine rechtssichere Umsetzung zu gewährleisten. Es gilt vor allem eine Bemessungsgrundlage festzulegen, sprich wann und wie die

Miethöhen gedeckelt werden. Es geht also darum, ob sich der Deckel an den Vergleichsmieten, dem Mietspiegel, orientieren soll. Und zwar an älteren Vergleichsmieten, die noch nicht durch die Decke gingen. Oder ob es einen Mietstopp gibt, aktuelle Mieten also eingefroren werden. Rechtlich strittig ist, inwiefern es wirklich zu Mietsenkungen kommen kann. Fest steht aber, dass es kein Recht auf unendliche Renditen gibt. Es gilt eben einerseits, die Eigentümer*in nicht pleite gehen zu lassen, sprich die Wirtschaftlichkeit des Hauses muss bestehen bleiben. Und andererseits soll ein Deckel möglichst viele Mieter-Haushalte begünstigen. Zusammen mit Mietrechtsanwält*innen und Expert*innen aus der Wohnungswirtschaft erarbeiten wir dazu gerade Vorschläge für ein Gesetz, das für fünf Jahre die Mieten deckeln soll.

Anders als die SPD, die einen Mietendeckel nur für Milieuschutzgebiete vorschlägt und bei Modernisierungen

gar nicht eingreifen will, fordern wir eine umfassende Regelung, die auch Mietsteigerungen nach Modernisierung, die Miethöhe bei Wiedervermietung und die Kappung von Mieterhöhungen in bestehenden Mietverhältnissen einschließt. Denn wie bei der Mietpreisbremse auch, die so viele Ausnahmen vorsah, dass nur 40 Prozent der Neuvermietungen davon überhaupt erfasst wurden, drohen sonst viele Mitnahmeeffekte und Ausweichstrategien. Eben weil die Mietpreisbremse bei umfassenden



Demoplakat Foto: Katrin Schmidberger

Modernisierungen nicht gilt, wurden viele Häuser nach der Einführung des Instruments übersteuert modernisiert. Solche negativen Effekte müssen alle bedacht und möglichst beseitigt werden, damit möglichst viele Berliner*innen in den Genuss kommen.

Viel hilft viel

Das Volksbegehren „DW&Co enteignen“ wird die erste Hürde lockern und hat bereits eine bundespolitische Debatte angestoßen. Und wir Grüne stehen auch bereit, bei der Erarbeitung eines Gesetzes dazu mitzuarbeiten. Und das Instrument des Berliner Mietendeckels wird bis Ende des Jahres in Gesetzesform gegossen. Beide Instrumente sind wichtig, aber es wird nicht reichen. Es sind viele weitere Schritte notwendig, um den Wohnungsmarkt gemeinwohlorientiert auszurichten. Wir müssen

und werden alle uns zur Verfügung stehenden Instrumente nutzen, sie weiter entwickeln und schärfen, denn viel hilft viel. Wir müssen z.B. die Bezirke dabei unterstützen, dass sie Treuhänder*innen einsetzen, wenn Häuser verfallen, jahrelang leer stehen und nicht zum Wohnen genutzt werden. Wir brauchen eine Task Force gegen Immobilienspekulation, die die Unternehmen auf dem Bau wie bei der Steuer ordentlich unter die Lupe nimmt. Wir brauchen Baugelände und eine bessere Wohnraumförderung. Insbesondere die Genossenschaften und gemeinwohlorientierten Bauträger müssen wir stärker unterstützen. Neben den landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften sind das unsere Verbündeten, mit denen wir gemeinsam für den richtigen Neubaubau sorgen können, der dann auch entlastet.

■ Katrin Schmidberger, Mitglied des Abgeordnetenhauses

Viele Wege führen nach Wien

Es ist das zentrale sozialpolitische Thema in den europäischen Städten und wachsenden Metropolen: immer mehr Menschen haben Schwierigkeiten, ihre Mieten zu bezahlen oder überhaupt eine Wohnung zu finden. Das gefährdet nicht nur in Berlin den sozialen Frieden, sondern auch in vielen europäischen Städten.

Obwohl wir mit dem Dreiklang Neubau, Ankauf/Rekommunalisierung und Bestandsschutz fast alle möglichen Instrumente nutzen, um den Mietenanstieg in Berlin zu bremsen, laufen wir nach wie vor einer Entwicklung hinterher. Vor allem, weil das Bundesmietrecht so viel Spekulation zulässt. Immer öfter richten sich die Blicke nun nach Wien, wo noch immer ein großer Teil der Wohnungen auch für Geringverdiener*innen erschwinglich ist und auch der Anstieg der Mietpreise vergleichsweise gering ist. Was also macht Wien anders?

Das Wiener Modell

Das sogenannte „Wiener Modell“ ist dabei das Ergebnis unterschiedlicher Maßnahmen. Seinen Ursprung hat es in den 1920er und frühen 1930er Jahren, als die Stadt im großen Stil Wohnungen errichten ließ. Dies wurde

auch in der Nachkriegszeit fortgesetzt, sodass heute etwa 220.000 Wohnungen, einer Viertel aller Wohnungen in Wien, in kommunaler Hand sind. Die Stadt ist dadurch in der Lage, die Mieten auf einem bezahlbaren Niveau zu halten. Rechnet man zu diesen sogenannten „Gemeindewohnungen“ noch die geförderten Wohnungen der Gemeinnützigen Bauvereinigungen hinzu, die einer dauerhaften Mietpreisbindung unterliegen, ist fast die Hälfte der Wohnungen in Wien in gemeinwohlorientierter Hand und damit leistbar für alle. Dies ist auch möglich, da in Österreich weiterhin die Wohnungsgemeinnützigkeit besteht – im Gegensatz zu Deutschland, wo sie 1990 unter der Kohl-Regierung abgeschafft wurde. Als gemeinnützig anerkannte Wohnungsunternehmen und Bauvereinigungen erhalten Steuervorteile und einen leichteren Zugang zu Fördermitteln für den Wohnungsbau. Im Gegenzug verpflichten sie sich unter

anderem zu einer Mietpreisbindung. Diese bleibt auch nach Rückzahlung der Fördermittel bestehen, deutliche Mieterhöhungen werden so dauerhaft verhindert.

Wien bleibt Vorreiter

Doch Wien profitiert nicht nur von klugen Entscheidungen der Vergangenheit, sondern schreckt auch heute nicht vor unterschiedenen Schritten zurück. Kürzlich trat eine Änderung der Bauordnung in Kraft, die vorsieht, dass bei größeren Neubauprojekten mindestens zwei Drittel der Baufläche für den geförderten sozialen Wohnungsbau vorgeschrieben sind. So will die Stadt sicherstellen, dass auch weiterhin fast 60 Prozent der Wiener*innen in den Genuss einer Gemeinde- oder geförderten Wohnung kommen. Diese Zahl mag verwundern, doch in Wien ist der soziale

Wohnungsbau nicht ausschließlich für die einkommensschwächsten Bevölkerungsgruppen vorgesehen, sondern steht durch hohe Einkommensgrenzen auch großen Teilen der Mittelschicht offen. Das Ergebnis ist eine stärkere Mischung sozialer Schichten, die von den Wiener*innen so auch explizit gewollt ist.

Viele Wege führen nach Wien

Natürlich können diese Regelungen nicht einfach mal so auf Berlin werden, weil wir in Deutschland keine Wohnungsgemeinnützigkeit haben – jedoch hat die grüne Bundestagsfraktion einen Vorschlag für eine neue Wohnungsgemeinnützigkeit in den Bundestag eingebracht. Zudem gibt es mit den landeseigenen Wohnungsunternehmen durchaus die Möglichkeit, Elemente aus der Wohnungsgemeinnützigkeit zu übernehmen oder

auch mit den Genossenschaften und gemeinwohlorientierten Bauträgern solche Bündnisse zu schließen. Durch die Anwendung des Vorkaufsrechts, die Ausweitung des Milieuschutzes sowie durch den gezielten Ankauf ehemals privatisierter Wohnbestände bauen wir den Bestand an gemeinwohlorientiertem Wohnraum am Wohnungsmarkt aus.

In Wien sind die öffentlichen Ausgaben in der Wohnungspolitik wesentlich höher als bei uns. Und die Lebensqualität in Wien zählt seit Jahren zu den höchsten in der Welt. Was Wien uns also vor allem lehrt, ist, wie erfolgreich eine Politik sein kann, die sich den Privatisierungs- und Deregulierungstendenzen widersetzt und die Bedürfnisse seiner Bewohner*innen in den Vordergrund stellt. Davon können wir in Berlin eine Menge lernen.

■ Katrin Schmidberger, Mitglied des Abgeordnetenhauses

Berliner*innen setzen Signal

Die Immobilienlobby und CDU, SPD, FDP laufen Sturm gegen die beabsichtigte Vergesellschaftung von Wohnraum. Die Berliner*innen dagegen setzen mit ihren vielen Unterschriften ein klares Signal für einen gemeinwohlorientierten Wohnungsmarkt.

Das Volksbegehren Deutsche Wohnen & Co. enteignen sei eine große Gefahr für den Wirtschaftsstandort Berlin, denn so würden Investitionen in den nötigen Neubau abgeschreckt. So lautet das Hauptargument, das die Berliner*innen vom Unterschreiben des Volksbegehrens abhalten soll. Doch erstens sind die nötigen Unterschriften für die erste Stufe schon erreicht und zweitens ist das Argument falsch: Die Mietpreise galoppieren der Einkommensentwicklung seit Jahren davon.

Gesetz nach 1. Stufe möglich

Auch wenn es viele verantwortungsvolle Bestandhalter gibt, immer mehr große Wohnungsunternehmen, Fonds und Briefkastenfirmen pressen aus den Leuten raus, was geht – durch Mieterhöhungen über dem Mietspiegel, Kündigungen, übersteuerte Modernisierungen, unterlassene Instandhaltung, falsche Betriebskostenabrechnungen – und das alles nur, um Renditen von 10 Prozent und mehr zu erreichen.



Tausende Berliner*innen haben bereits auf der Mietendemo Anfang April das Volksbegehren unterschrieben Foto: Tim Lüddemann

Das sind also Investitionen, die nur darauf abzielen durch Verdrängung überhöhte Renditen zu erreichen. Mittlerweile ist der Anteil der börsennotierten Wohnungsunternehmen mit 15 Prozent in Berlin

der höchste im ganzen Land. Nicht das Volksbegehren, sondern solche Investitionen schaden dem Wirtschaftsstandort Berlin. Deshalb ist es richtig, wenn sich die Berliner*innen jetzt wehren.

Bis zu den Sommerferien soll die Unterschriftensammlung weiter gehen, um möglichst viel Unterstützung zu erreichen. Danach ist der Senat gefragt, der die rechtliche Zulässigkeit prüft. Und nach der ersten erfolg-

reichen Stufe können Senat und Abgeordnetenhaus durchaus schon das Volksbegehren aufgreifen und mit der Initiative gemeinsam ein Gesetz erarbeiten. In einem solchen Landesgesetz müssten die Bedingungen einer Vergesellschaftung der Wohnungsunternehmen wie auch die Regelung zur finanziellen Entschädigung festgelegt werden. Die geltende Rechtsmeinung besagt, es muss eben nicht zu dem Marktwert, wie ihn der Senat ermittelt hat, entschädigt werden. Es kann weit darunter sein. Aber es muss eben eine Berechnungsgrundlage geben, die vor den Gerichten Bestand hat, um die ca. 240.000 Wohnungen in Gemeineigentum zu überführen. Wir betreten Neuland mit diesem Volksbegehren und deshalb kann keiner garantieren, dass dieser Weg funktioniert. Doch wir als Koalition müssen diese Chance nutzen. Schon auch deshalb, weil der öffentliche Druck auf diese Unternehmen größer wird, und das ist schon lange überfällig.

■ Katrin Schmidberger, Mitglied des Abgeordnetenhauses

Wir sind die Bots! Für ein freies Internet und ein starkes Europa

Angemeldet waren 2.000 Personen. Tatsächlich kamen ungefähr 30.000 Menschen am 23. März in Berlin zusammen, um gegen die geplante Urheberrechtsreform auf EU-Ebene zu demonstrieren.

Auch wir Bündnisgrünen aus Friedrichshain-Kreuzberg waren gemeinsam mit der LAG Netzpolitik dabei, um unsere Kritik auf die Straße zu tragen. Bei Protesten ging es vor allem um den Artikel 13 (17). Dieser verpflichtet Internetfirmen und -projekte implizit, automatisierte Upload-Filter zur Kontrolle der Urheberrechte zu entwickeln. Eine Technologie, die von vielen Netzexpert*innen dafür kritisiert wird, unbemerkt für Zwecke der politischen Zensur missbraucht werden zu können.

Hashtag #GehtWählen

Insbesondere in Mitgliedstaaten wie Polen, wo sogar die Europäische Kommission Zweifel an der Rechtsstaatlichkeit äußert, stellt eine solche Infrastruktur eine ernsthafte Gefahr für die Meinungsfreiheit dar. Doch auch bei Einhaltung rechtsstaatlicher Grundsätze könnten technische Fehler in der Filterung ungewollt politische und künstlerische Texte, Videos oder Podcasts aussortieren. Die Reform richtet sich daher gegen die Interessen von Urheber*innen und Internetnutzer*innen, anstatt deren Rechte zu stärken.

Trotz der breit angelegten, internationalen Proteste stimmten die



Wir sind die Bots!

Foto: Nikolas Becker

Abgeordneten des Europaparlaments am 26. März für die Reform. Erfreulich ist immerhin, dass die Proteste zumindest in Deutschland Wirkung gezeigt haben: Viele Abgeordnete, die bei Abstimmungen 2018 noch für den Entwurf votierten, änderten ihr Abstimmungsverhalten. Nach der Abstimmung trendete auf Twitter

das Hashtag #GehtWählen. Die Posts machen deutlich, dass der Kampf für ein freies Internet auch das künftige Europaparlament beschäftigen wird. Denn wir Europäer*innen brauchen dringend ein Urheberrecht, das moderne Mediennutzung von Texten, Videos und Audio fördert, anstatt sie zu einzuschränken. Junge Kreative

nutzen Plattformen wie Soundcloud, YouTube oder Snapchat, um eigene mit bestehenden Kreativhalten zu verbinden. Im Internet entstand eine ganz neue, referenzielle Kunstrichtung. Solche progressiven Kunstformen durch ein „Recht auf Remix“ zu unterstützen, muss Gegenstand einer weiteren Novelle des EU-Urheberrechts sein. Kreativität – beflügelnd für den demokratischen Diskurs – sollte nicht behindert, sondern ermöglicht werden. Gleichzeitig leben noch immer viele Künstler*innen in prekären Verhältnissen. Die aktuelle Reform ändert an diesen Zuständen leider nichts. Die Artikel 11 und 12 etablieren ein paralleles Vergütungssystem für Verlagshäuser, ohne Einbeziehung der Autor*innen. Durch zielgerichtete Fehlinformationen, eine teure Lobby-Kampagne und den Missbrauch verlegerischer Gatekeeper-Funktionen ist es den Medienkonzernen gelungen, die Unterstützung einzelner Kreativer für ihre Firmeninteressen zu gewinnen.

Eine europäische Lösung

Der lautstarke Protest hat CDU und SPD aufhorchen lassen und sie veranlasst, in populistischer Manier das Ausbessern der größten Schnitt-

zer in deren nationalen Ausgestaltung zu fordern. Dies zeugt nicht nur von ihrem fehlenden Gestaltungswillen, auf ihre jeweiligen Fraktionen im Europaparlament einzuwirken. Es ist auch Ausdruck eines anti-europäischen Denkens, unionsrechtliche Verpflichtungen auf nationaler Ebene unterlaufen zu wollen.

Denn bei aller Kritik an der Richtlinie wollen wir keinen nationalen Flickenteppich an Urheberrechtsregeln, sondern eine europäische Lösung der Herausforderungen des Digitalzeitalters. Wir wollen den öffentlichen Raum im Internet stärken, Großkonzerne in ihre Schranken weisen und eine digitale Almende erhalten. Dazu brauchen wir einen gemeinsamen digitalen Binnenmarkt in der EU und keine nationalen Alleingänge. Anstatt kritische Internetnutzer*innen als „Bots“, also fremdgesteuerte Hohlköpfe, zu beschimpfen, müssen wir Netzbewohner*innen endlich ernst nehmen und am weiteren Reformprozess beteiligen. Bei den Europawahlen am 26. Mai wollen wir uns daher für eine durchdachte und wahrlich europäische Digital- und Netzpolitik einsetzen. Macht mit – wir sind die Bots!

■ Nikolas Becker und Silvia Rothmund, Geschäftsführender Ausschuss

Maydays: Solidarität in und für Europa

„Europa. Jetzt aber richtig!“, lautet das diesjährige Motto für den gewerkschaftlichen 1. Mai. Und es gibt vieles, was in Europa richtig, bzw. verändert und besser gemacht werden muss, gerade aus der Sicht von Arbeitnehmer*innen.

Dabei gibt es durchaus gute Beispiele dafür, dass und wie Europa „richtiger“, besser, sozialer und ökologischer gemacht werden kann. Die Europäischen Bürgerinitiativen gegen die Wasserprivatisierung und vor allem gegen TTIP haben gezeigt, was Gewerkschaften, im Bündnis mit anderen Organisationen, erreichen können. TTIP wurde gestoppt, CETA zumindest verbessert. Auf der europaparlamentarischen Ebene konnte mit der neuen Entscheide-Richtlinie endlich durchgesetzt werden, dass Tarifreue bei öffentlichen Ausschreibungen wieder als Vergabekriterium erlaubt sein wird, nicht nur, aber auch ein großer GRÜNER Erfolg! 10 Jahre nach dem EUGH-Urteil, das Tarifverträge als Wettbewerbshemmnis eingestuft hat, hat eine Mehrheit der Europaabgeordneten klargestellt, dass Tarifverträge kein Hemmnis, sondern die Grundlage eines fairen Wettbewerbs sind. Mit der

Reform des Vergabegesetzes wird der Berliner Senat (hoffentlich) als erstes Bundesland dafür sorgen, diese europäische Vorlage für Gute Arbeit in Berliner Recht für die Beschäftigten zu verwandeln.

„Europa. Jetzt aber richtig!“

Das heißt, sich für ein soziales Europa stark zu machen und weder die Parlamente noch die Straße den Rechten überlassen! Derzeit versuchen rechte Parteien in ganz Europa den oftmals verständlichen Frust über europäische Politik auszunutzen, um ihre rassistische, autoritäre, gewerkschaftsfeindliche im wahrsten Sinne des Wortes asoziale Politik durchzusetzen. Was der neue Nationalismus anrichtet, sehen wir alle zurzeit in Großbritannien. „Dann geh doch rüber“, möchte man manchmal den

Brexit-Fans von der AfD und anderen Vertretern der extremen Rechte zurechnen, wenn sie mal wieder den Austritt Deutschlands aus der EU fordern. Die „Insellösung“ hilft natürlich nicht weiter, denn auch in Polen, Ungarn, Italien oder Österreich richten rechte Regierungen verheerenden Schaden an.

Unterschiede sichtbar machen:

„Der Schutz der Eigentümer hat überragende Bedeutung.“ (Roger Kehle, CDU) „Nur ein soziales Europa ist ein starkes Europa“, ist auf einem GRÜNEN Plakat zu lesen. Nie war dieser Slogan wahrer als heute, doch was ist denn dieses soziale Europa? Beim sozialen Europa weiß man nie, wo man anfangen soll, deshalb bleibt es oft nebulös. Das soziale Europa muss greifbar werden, die Unterschiede müssen deutlich werden und sie müs-

sen mit der aktuellen Lebenssituation der Menschen zu tun haben. So, wie es aktuell bei der Auseinandersetzung um bezahlbaren Wohnraum der Fall ist. Ging es lange „nur“ um die Frage, wie schneller und mehr gebaut werden kann, so geht es inzwischen um massive Eingriffe des Staates. „Bauen, bauen, bauen“ reicht nicht mehr, weil „Privatinvestor*innen Wohnungen (bauen), die wir gar nicht brauchen: Luxus- statt Sozialwohnungen. Baugenehmigungen werden inzwischen oft nur beantragt, um den Grundstückspreis in die Höhe zu treiben.“ (Prof. Sebastian Dullien, (IMK) in: DIE ZEIT, 21.03.2019). Die Wohnungsfrage wird zunehmend zu DER sozialen Frage, die sich nicht auf Sozialpolitik beschränkt, sondern neoliberale Dogmen (heiliges Privateigentum) erschüttert. Während in Deutschland wieder verstärkt über die Sozialverpflichtung des Privat-

eigentums diskutiert wird, fordert die auch vom DGB unterstützte Europäische Bürgerinitiative „Housing for all“ (<https://www.housingforall.eu/de/wohnen-muss-bezahlbar-sein-fuer-alle/>) den Vorrang eines sozialen Grundrechts auf europäischer Ebene. Die Initiative wird vom DGB und vielen europäischen Gewerkschaften unterstützt.

Diese Europawahl wird – nicht nur in Deutschland – eine Richtungswahl über die Zukunft sozialer Grundrechte sein.

Gemeinsam für eine gemeinwohlorientierte Wohnungspolitik ist nur einer ganz vielen guten Gründe, für eine bessere Politik in Europa zu streiten und kämpfen, am 1. Mai auf der Straße und am 26. Mai im Wahllokal.

■ Heiko Glawe, DGB Berlin

Die Jugend kämpft gegen den Klimawandel - Fridays for Future

Noch vor ein paar Wochen versagten Megafon und Soundanlage. Eine überschaubare Schar an Schüler*innen war gekommen. Doch die Organisator*innen ließen keinen Zweifel, warum sie hier sind. Mit Sprüchen wie „Hopp, hopp, hopp, wer nicht hüpf, der ist für Kohle“ versuchte man sich einzuheizen, mit dem Ziel das Klima abzukühlen. Mittlerweile ist die Kundgebung am Invalidenplatz vor dem Altmaier-Ministerium eine feste Institution geworden. Leider. Zwar lassen sich die Kanzlerin und der Minister zu Lippenbekenntnissen hinreißen, wie wichtig das Engagement der jungen Menschen sei. Aber ein klares Signal, dass die Zeichen der Zeit erkannt worden wären, lässt zu wünschen übrig. Indes wächst die von Kindern und Jugendlichen getragene Bewegung weltweit in über 100 Ländern, die zurecht um ihre Zukunft bangen.

Immer extremere Wetterphänomene, auch hier im gemäßigten Europa: die Dürre letztes Jahr, die Stürme und Wasserfluten im Jahr zuvor. Oder ganz aktuell der Zyklon Idai im südlichen Afrika, wo eine Hungersnot durch Ernteauffälle droht. Leidtragende sind immer wieder die Schwächeren in der Gesellschaft.

Mittlerweile hat Deutschland den UN-Vorsitz inne und könnte die Agenda für einen Monat auf „Klimawandel bekämpfen“ setzen. Doch die Kohlekommission mit ihrem Kompromiss, einen der schmutzigsten Energieträger bis 2038 weiter zu verstromen, kann als Armutszeugnis der jetzigen Regierung gewertet werden. Ebenso brachte die Verkehrskommission unter Auto-Minister Scheuer keine engagierten Ergebnisse hervor und dem Klimakollaps wird – wenn überhaupt – nur halbherzig Rechnung getragen.

Zurück bleibt dann eine Generation, die mit dem Desaster klarkommen muss. Darum gehen die jungen Menschen vielerorts zu Tausenden, ja Zehntausenden freitags als „Fridays for Future“ auf die Straßen. Unterstützung finden sie mittlerweile durch 23.000 Wissenschaftler*innen im deutschsprachigen Raum als „Scientists for Future“, Eltern (Parents for Future), Großeltern (Grandparents for Future), Lehrer*innen (Teachers for Future) oder Landwirt*innen (Farmers for Future). Leider können die Kids ihr Kreuzchen erst in späteren Legislaturperioden setzen. Doch dann wird es zu spät sein und wir haben die kritischen Kipppunkte unweigerlich passiert, bei denen das Klima-Rad nicht mehr zurückgedreht werden kann.

Das ist auch der Grund, warum ich mich als Vater von einer anderthalbjährigen Tochter unter die Demonstrant*innen mische. Sie hat

noch keine Ahnung von dem, was wir ihr hinterlassen werden. Deswegen mache ich mich für ihre Zukunft stark. Nach den weltweit orchestrierten Demonstrationen mit 1,6 Millionen Teilnehmer*innen fand am 29.3. wieder eine Kundgebung und Demo durch das Regierungsviertel mit ca. 25.000 vor allem jungen Teilnehmer*innen statt. Immer wieder waren andere Sprachen zu hören. Da war eine Schülerin aus Großbritannien, die sich nicht vom gemeinsamen Kampf gegen den Klimawandel vom drohenden Brexit auseinander dividieren lässt. Oder eine Schülerin aus Polen, die endlich wieder Mut schöpft, die polnischen Bürger*innen zu überzeugen, dass der Kohlestrom nicht zur polnischen DNA gehört.

Ich habe auf Demos noch nie über so viele Köpfe hinweg geschaut. Ein Gewusel und Durcheinander. So viele

selbstgemalte, bunte, kreative Plakate. Eine Lautstärke. Schrille Sprechchöre: „Wir sind hier, wir sind laut, weil man uns die Zukunft klaut“ oder „Ein S-U-V ist kein Menschenrecht“ oder die „... baggern in der Ferne...“ oder ... Man nimmt es ihnen ab, dass es um ein fundamentales Anliegen geht.

Mittlerweile haben die Schüler*innen für „Fridays for Future“ klare, ambitionierte Forderungen formuliert, mit welchen Instrumenten die Regierung das 1,5°-Ziel noch erreichen kann. Unter anderem mit der Vorgabe, dass dieses Jahr noch ein Viertel der Kohlekraftwerke vom Netz gehen sollen. Solange die Regierung diesen Forderungen nicht nachkommt, heißt es für ALLE, freitags auf dem Invalidenplatz demonstrieren.

■ Roland Bege

Die Tradition um den Revolutionären 1. Mai

Die Radikale Linke ruft zur "Revolutionären 1. Mai Demo" mit dem Leitsatz "Gegen die Stadt der Reichen" auf: "Berlin ist eine kapitalistische Metropole. Den einen dient sie als Feld lukrativer Geldanlage. Den anderen beschert sie einen Alltag aus Ausbeutung, Fremdbestimmung, Sorgen und Diskriminierung." Der Tag der Arbeit soll an die Arbeiter*innen-Bewegung erinnern und sozial Schwachen eine Stimme geben. Insbesondere in Kreuzberg soll er mahnen, dass wir uns mit den sozialen Missständen unserer Gesellschaft nicht zufrieden geben dürfen. Tut er das noch?

Der politische Charakter des 1. Mai hat sich durch die Organisation des MyFestes verloren. Um den Krawallen und linksradikalen politischen Protesten Platz zu nehmen, versucht das MyFest eine friedliche Atmosphäre zu schaffen. Hans-Georg Lindenau, Urgestein der Berliner linken Protest-Bewegung und Besitzer des M99 – Gemischtwarenladen mit Revolutionsbedarf meint, dass das eine Verfremdung sei.

Protest mit Tradition

Der 1. Mai sei ein Fest für Tourist*innen geworden, die sich um soziale Belange der Umgebung nicht kümmern: "Beim MyFest möchten alle Geld verdienen und extra arbeiten und konterkarieren so den Tag der Arbeit." Auch die Veranstalter*innen der Demo sehen Probleme: "Wir denken nicht, dass unter den gegebenen Bedingungen eine politische Demonstration in Kreuzberg möglich ist. Die Aufstandsbekämpfungsstrategie von Bezirk und Senat – Maifest und My-Görlri – hat den Kiez an diesem Tag in ein Ballermann-Festival verwandelt,



"Für uns ist die Welt nicht in Ordnung, nicht morgens früh um 7 und auch nicht abends nach der Tagesschau. Wir haben tausend gute Gründe für den Barrikadenbau!"
Der Heinrichplatz 1. Mai 1988

Foto: Mit freundlicher Genehmigung des FHXBMuseum

in dem jede Demonstration im Suff-Techno-Konsum-Spektakel untergeht – oder noch schlimmer, als Teil des besonders coolen Berliner Tourismus-Charmes erscheint."

Die Revolutionäre 1. Mai Demo in Kreuzberg folgt einer 32-jährigen Tradition: eine hohe Arbeitslosigkeit unter Jugendlichen und Migrant*innen und die aktive Hausbesetzer*innen-Bewe-

gung führte mit dem Frust über die prestigeträchtige 750-Jahr-Feier Berlins zu einer angespannten Stimmung in SO36. Als am Tag vor dem 1. Mai 1987 das Volkszählungsboykott-Büro von der Polizei durchsucht und eine spontane Demo am Lausitzer Platz verhindert wurde, schlug die Stimmung in Kreuzberg um. Eine Nacht wurde in SO36 protestiert und randaliert. Die Polizei konnte die Gegend erst am nächsten Morgen zurückerobern. Symbol für die Ausschreitungen, die ihren Weg in eine Vielzahl internationaler Medien fanden, ist der Brand des Supermarktes Bolle.

Dabei war der nun gerade das Werk eines unpolitischen Pyromanen, der den Moment nutzte und – die Molotov-Cocktails der autonomen Szene belächelnd – seine eigenen zückte.

Es geht weiter, aber wie?

Die Demo nimmt seitdem immer Bezug auf die Proteste von 1987. Dementsprechend ist sie eine hoch ritualisierte Veranstaltung. Was davon im Rest der Gesellschaft ankommt, ist

ebenso Kult: Bilder von Partys und Randalen, die meist nichts mit der Demo zu tun haben. Und obwohl die Demos der letzten Jahre – immer noch beträchtlich in ihrer Größe – kaum ausarten und friedlich ablaufen, kommt von der politischen Nachricht nicht viel an. Die Medien berichten lieber von brennenden Autos oder zerschlagenen Fensterscheiben, statt komplexe Hintergründe und Strukturen darzulegen.

Politische Aktionen sind dann effektiv, wenn sie große Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit erregen. Das tun sie typischerweise, indem sie kontrovers oder überraschend sind. Die Disruptivität der Proteste 1987, 1988 und 1990 haben sie erfolgreich gemacht. Heute schneißt die rituelle Demo die linke Szene zwar zusammen, überraschen tut sie jedoch niemanden mehr. Was nun aus dem geschichtsträchtigen 1. Mai in Kreuzberg wird, bleibt offen. Dabei ist es immer wieder wichtig, linksradikale Kritik auf die Straße zu bringen. Ein Vorschlag der Radikalen Linken: Sie wollen die Demo nach Friedrichshain verlegen.

■ Rebecca Eilfort

Der 1. Mai in SO36 - Ein Blick um 30 Jahre zurück

Auch im Jahr 1989 regierte im damaligen West-Berlin rot-grün. Der Stachel, die "Zeitung der Alternativen Liste für Demokratie und Umweltschutz", erschien in einer Auflage von 40.000 Stück und titelte in seiner Mai - Ausgabe: "Der erste Mai Rot-Grün".

Dort heißt es: „Rot-grün steht für ein ökologisches Reformprojekt, für einen ökologischen Umbau der Industriegesellschaft, für den mündigen Bürger in einer gläsernen Stadt, in dem ein menschenwürdiges Leben für alle angestrebt wird. Hohe Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot, Fremdenfeindlichkeit, Neue Armut und Umweltzerstörung sind Herausforderungen, an deren Bewältigung der grün-rote Senat gemessen werden wird.“

Vor 30 Jahren? Klingt ziemlich aktuell ... Auch der 1. Mai ist natürlich Thema: "Ein Feiertag, der in den letzten beiden Jahren die Gemüter bewegt hat: Der 1. Mai in Kreuzberg!" Die Geschichte der vorausgegangenen beiden Jahre wird rekapituliert:

„Nachdem 1987 SO 36 in Flammen stand, erwarteten wenige im letzten Jahr ein Revival. Die Anwohner*innen zogen es vor, friedlich ihr Fest zu begehen. Das Interesse, den eigenen Kiez zu zerlegen, war gering.“ Und trotzdem: Stundenlang (jagten) Polizeikolonnen durch die Straßen: Auf der Suche nach Krawall, der sich nicht so recht einstellen wollte! Die Sicherheit der Bewohner*innen war nicht von umherziehenden „Chaoten“ bedroht, sondern von wahllos prügelnden Polizeibeamten!

Für 1989 gilt unter dem neuen Senat eine neue Strategie: „Deeskalierende Einsatzkonzeptionen sind angesagt.“ Und weiter: „Es ist ein allerdings eine Illusion zu erwarten, die Polizei unter

dem neuen Senat würde Plünderern beim Tragen helfen. Aufgabe der Polizei ist es, von vorneherein klarzustellen und öffentlich kundzutun, was sie in welchen Situationen tun wird. Auch die Transparenz ihres Einsatzverhaltens ist eine wesentliche Forderung der Koalitionsvereinbarung.“

Ein Jahr später, im Mai 1990 - die Mauer war inzwischen gefallen - schreibt der Kreuzberger Stachel, mittlerweile mit dem Gender-Binnen-I: „Obwohl Teile der Kreuzberger Bevölkerung und Stadtteilinitiativen aus Angst vor Randalen in diesem Jahr lieber ganz auf ein Fest verzichtet hätten, wurden Kreuzberger 1. Mai-Fest, -Demo und -Aktionstage geplant. Denn gerade angesichts des bevorste-

henden Anschlusses der DDR an die westliche "Wohlstands"gesellschaft ist lauter Widerstand angesagt: Gegen Fremdenhaß und Nationalismus, gegen Frauenunterdrückung, gegen Verarmung und Ausgrenzung von immer mehr Erwerbslosen, Obdachlosen und SozialhilfeempfängerInnen.“

Vieles hat sich weiter entwickelt seither, und dennoch stellen sich im

Grundsatz die Fragen und Probleme, wenn auch mit geänderten Voraussetzungen, immer wieder neu. Der Kampf für Gerechtigkeit und ein gleichberechtigtes Miteinander wird nie zu Ende sein. In diesem Sinne: Ein friedliches 1. Mai-Fest 2019.

■ Henry Arnold

IDAHOBIT

Der Internationale Tag gegen Homo-, Bi-, Inter- & Trans*phobie (IDAHOBIT) erinnert daran, dass Vorurteile und Gewalt gegen homo-, bi-, inter- und transsexuelle Menschen in vielen Teilen der Welt und leider auch bei uns immer noch weit verbreitet sind.

Der IDAHOBIT findet eine Woche vor der Europawahl statt. Auch bei der Wahl des Europäischen Parlaments soll es darum gehen, ein Zeichen für ein offenes Europa zu setzen und Parteien zu stärken, die sich für eine Gesellschaft einsetzen, in der alle akzeptiert sind und ihr Leben frei gestalten können.

Das dies in vielen Ländern nicht der Fall ist, lässt sich an zahlreichen Beispielen festmachen: der „World Congress of Families“, auf dem sich LGBTTIQ-Gegner*innen aus aller Welt in Verona treffen, darunter auch Regierungsvertreter*innen aus Italien, Polen und Ungarn, eine Fußballfunktionärin in Frankreich, die Homophobie als Stadionfolklore bezeichnet oder auch die Diskussion über die Ehe für alle in Österreich.

Doch auch bei uns in Xhain werden queere Menschen immer wieder Opfer von Angriffen und Beleidigungen. Dies zeigt unter anderem die Auswertung des Registers Friedrichshain-Kreuzberg für 2018, wo 13 von 41 gemeldeten Vorfällen in diesen Bereich fallen. Hinzu kommen Beleidigungen, Bedro-

hungen und Pöbeleien. Es ist zudem davon auszugehen, dass die Dunkelziffer sehr viel höher ist, denn das Register erhebt nur Fälle, die ihm direkt oder über Kooperationspartner*innen gemeldet werden.

Der 17. Mai wurde ausgewählt, um an den Tag zu erinnern, an dem die WHO beschloss, Homosexualität aus dem Diagnoseschlüssel für Krankheiten zu streichen. In Deutschland erinnert das Datum auch an den § 175 des Strafgesetzbuchs, in dem „Widernatürliche Unzucht zwischen Männern“ unter Strafe gestellt wurde. Die Streichung als Krankheit geschah 1990 und erst 1994 wurden die letzten Reste des § 175 aus dem StGB gestrichen. Auf die Aufhebung der Strafurteile, eine Rehabilitierung und eine Entschuldigung für das erlittene Unrecht mussten Betroffene bis 2017 warten. Viele haben diese symbolische Geste nicht mehr erlebt.

Auch wenn es endlich die Ehe für alle gibt und mittlerweile die rechtliche Anerkennung der Geschlechtervielfalt vom Verfassungsgericht erzwungen wurde, gibt es noch viel

zu tun. Ein Beispiel: Das Streichen von Transsexualität als Persönlichkeits- und Verhaltensstörung wurde erst in den letzten Jahren forciert, obwohl dieser Missstand zu Stigmatisierung und Diskriminierung von Transsexuellen führte und weiter führt.

In Deutschland wurden weite Teile des „Transsexuellengesetzes“ vom Bundesverfassungsgericht als verfassungswidrig kassiert. Auch heute muss man sich noch einer umfassenden, stigmatisierenden Begutachtung unterziehen, wenn man seinen Geschlechtseintrag ändern lassen will. Wir Grüne wollen das Gesetz durch ein Selbstbestimmungsgesetz ersetzen.

Die Sichtbarmachung von Homo-, Bi-, Inter- & Trans*phobie bleibt deswegen weiterhin wichtig und so gilt es auch, nicht nur am 17. Mai Regenbogenflagge zu zeigen! Auch die Grünen Xhain werden an diesem Tag mit einer Aktion den IDAHOBIT in Xhain sichtbar werden lassen.

■ Sarah Jermutus und Pascal Striebel, Bezirksverordnete

Ungleichheit überwinden

Warum Populismus die Folge unseres Wirtschaftsystems ist | Ein Kommentar

Die kritische Auseinandersetzung mit dem Wirtschaftssystem war immer ein Ausgangspunkt für grünes Denken. Wieso vergessen wir das beim Populismus? Populismus zu kritisieren, ohne dabei auch an den Kapitalismus gedacht zu haben, ist wie nur einen Reifen am Fahrrad aufzupumpen.

„Eine Aussage ist dann populistisch, wenn sie der herrschenden Meinung widerspricht und dafür Mittel verwendet, die den herrschenden Umgangsformen widersprechen.“ So banal diese Aussage klingt, so wahr scheint sie für viele zu sein. Wir stecken mittendrin, im Deutungskampf, was als Populismus gelten oder populistisch sein könnte. Dabei scheint Populismus heute mehr Diagnose als Beschreibung zu sein, mit einhergehend wird oft auch eine Aussage über die moralische Qualität eines Menschen getroffen. Populismus wird von uns als eine Art und Weise ein Problem zu benennen verstanden, als Stilmittel eine bestimmte Aussage zu treffen. Komplexer Sachverhalt, einfache Lösung? Populismus. Politisch inkorrekt gegen Eliten poltern? Populismus.

Was mir Sorge bereitet ist, dass wir die Ursachen übersehen. Wir sollten uns die Probleme vor Augen halten, die dazu führen, dass populistische Parteien Erfolg haben. Die liegen ganz klar in den Ungleichheiten,

die unsere Gesellschaft produziert. Schauen wir in die statistischen Auswertungen der letzten Wahlen, sehen wir deutlich, dass populistische Parteien von Menschen gewählt werden, die (berechtigt oder unberechtigt) Angst haben, in soziale Notlagen abzurutschen. Das ist keine rationale Wahlentscheidung, das ist Furcht vor sozialem Abstieg, die sich in einem Protest gegen das als Feindbild ausgemachte politische Establishment entlädt. Nein, keine Diskriminierung wird durch die Meinungsfreiheit geschützt. Wir müssen uns jeglichen solchen Tendenzen immer in den Weg stellen. Und hier müssen wir auch deutlich machen, dass populistische Parteien heute in extremer Weise Diskriminierungen in ihre Programmatik einbauen. Aber wir sollten uns bewusst machen, warum Populismus gerade erfolgreich ist und nicht eine rein moralische Kritik des politischen Stils betreiben. Unsere kapitalistische Wirtschaftsordnung hat es geschafft, Menschen in diese Situation zu bringen, diese Notlagen aufzubauen. Das gilt es zu korrigieren. Gerade wir Grünen in Friedrichshain-Kreuzberg sollten uns diesem Trend entgegenstellen, denn wir sind an gesellschaftlichen Lösungen und nicht am Urteilen über Menschen interessiert.

■ Michael Sebastian Schneiß

Solarpower macht Schule

Ernstgemeinter Klimaschutz ist eine Aufgabe für jeden einzelnen Tag im Jahr. Die Erinnerung daran kommt mittlerweile pünktlich jeden Freitag: Es ist „Fridays for Future“-Zeit (F4F). Weltweit gehen tausende Schüler*innen freitags auf die Straße, um uns Erwachsenen zu zeigen, dass sie mit unserer Klimaschutz-Arbeit nicht zufrieden sind. Den Schüler*innen ist es zu verdanken, dass Klimaschutz wieder Top-Thema ist.

Die Bundesregierung allerdings belächelt die F4F-Demos. Anstatt sie ernst zu nehmen, versuchen Merkel & Co. uns eine Debatte über Schulschwänzen aufzuzwingen, um von ihrem eigenen Versagen abzulenken.

Schüler*innen setzen Veränderung in Gang

In Berlin wollen wir Grünen einen anderen Weg gehen. Als wir 2016 in die Koalition eingetreten sind, haben wir im Koalitionsvertrag den Klimaschutz und die Energiewende fest verankert. Konkrete Maßnahmen und Projekte wurden im Berliner Energie- und Klimaschutzprogramm festgeschrieben. Als Land Berlin wollen wir eine deutliche Vorreiterrolle einnehmen.

Im besonderen Fokus stehen dabei die öffentlichen Gebäude: Dort müssen wir erneuerbare Energien sichtbar und nutzbar machen. Leider müssen wir feststellen, dass es mit der Umsetzung nicht immer auf Anhieb klappt. Das beste Beispiel ist die Schulneubauoffensive: 5,5 Mrd. Euro Investitionsvolumen steckt die rot-rot-grüne Koalition in das Neubauprogramm für Schulen. Es sollen 60 bis 80 neue Schulen in Berlin entstehen. Neubauten erlauben wirkungsvolle



Vollposten trifft Vollprofi

Foto: Rebecca Eilfort

Möglichkeiten, um Klimaschutz und Energiewende in Berlin voranzubringen. Schul- und Sporthallendächer springen einem für solare Nutzung förmlich ins Auge; gern in Kombination mit Gründächern. Doch wie sieht

es momentan aus? Bei den derzeit im Bau befindlichen und geplanten Schulen spielen Solaranlagen keine Rolle. Berlins Schul- und Baubehörden verschlafen doch tatsächlich die Energiewende!

Wir Grünen ziehen nun die Notbremse. Wir wollen, dass bei jeder neuen Schule Solaranlagen genauso selbstverständlich werden wie Fenster und Türen. Die Schulneubauoffensive müssen wir zur aktiven Ausgestaltung

der Energiewende nutzen. Dächer und, wo möglich, auch Fassaden müssen für die Solarnutzung für Strom- oder Wärme Gewinnung tauglich sein. Grundvoraussetzung dafür ist eine entsprechende bautechnische Planung inklusive Gebäudeausrichtung und passender Statik.

Solarpower für jede Schule

Wenn die Schulen die Dächer nicht selbst nutzen, würden die Flächen beispielsweise unseren Berliner Stadtwerken zur Verfügung gestellt. Selbstredend wird die Schule Erstabnehmer für die gewonnene Öko-Energie. Das senkt zudem die Energiekosten. Mit den Berliner Stadtwerken haben wir eine eigene Akteurin, die dies umsetzen kann und dafür sorgt, dass der Bau der Schulen sich dadurch nicht verzögert. Die eigene Energieanlage lässt sich außerdem super in den Unterricht einbinden. So schicken wir weitere Multiplikator*innen in die Welt. Wir Grünen werden weiter kämpfen bis alle in der Koalition die Dringlichkeit des Klimaschutzes verinnerlicht haben.

■ Stefan Taschner, Mitglied des Abgeordnetenhauses

Natur in der Stadt

Karte der Stadtnatur weist Weg zu grünen Oasen in Xhain

Ende 2018 hat das Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg in Zusammenarbeit mit dem NABU eine Karte veröffentlicht, die Orte der Stadtnatur im Bezirk lokalisiert. Viele dieser Orte sind inmitten der urbanen Hektik Kleinode der Erholung für Tier und Mensch. Die Karte, gibt es als kostenlose Printversion, sowie online als freies PDF.

Biene vom Lande und Biber auf Kratzbruch

Sie hilft dabei, sowohl bekannte als auch unbekannt grüne Ziele im Bezirk anzusteuern, kennen und schätzen zu lernen. Nicht nur am Wochenende bieten sich die kommenden sonnigen Tage daher an, auf den Spuren dieser Karte zu wandeln, um

die verblüffende Vielfalt der Xhainer Stadtnatur zu erkunden.

So gibt es in Xhain beispielsweise den Biber, die Zwergfledermaus, den Grasfrosch und diverse Zufluchtsorte für Wildbienen, deren Populationen in den Innenstädten in den letzten Jahren stark angewachsen sind. Ein Grund dafür ist der Verlust der biologischen Vielfalt auf dem Land, der durch den extensiven Ausbau von Monokulturen durch die Agrarindustrie begünstigt wird. Der Biber findet seine Zuflucht hingegen am Wasser vor Stralau. Dort sind es insbesondere die beiden unter Schutz gestellten Eilande Liebesinsel und Kratzbruch, die den Nagern ein Zuhause geben. Auch seltene Pflanzen und Bäume finden ihre Nischen im Bezirk.

Biodiversität zu bewahren, ist auch ein wichtiges Aufgabenfeld auf kom-

munalen Ebene. Seit 2017 ist auch Friedrichshain-Kreuzberg Teil dieser Initiative und verpflichtet sich damit, dem Naturschutz und der Landschaftspflege einen hohen Wert in der kommunalen Verwaltung zu geben. Seien es nun Landschaften, Gewässer, Gärten, Parkanlagen oder Gebäude, die auf dem Dach oder an der Fassade begrünt werden können: Stadtgrün taugt nicht nur als Lebensort für Pflanzen und Tiere, sondern kann ein effektiver Indikator zur Klimaregulierung sein.

Friedhöfe sind in Xhain nicht in kommunaler Hand, sondern werden durch die Kirchen verwaltet. Besonders sie sind es aber, die durch ihre Größe eine hohe Wichtigkeit in der Stadtnatur haben. Ihr Grünflächenanteil und ihr Gehölz sind es, die dem Stadtklima helfen bzw. Tieren wie dem Mäuse-

bussard, der Waldohreule oder dem Habicht eine Heimat bieten. Sie bieten allerdings auch Potenzial für den Wohnungsbau. Unkenrufen zufolge werden die Kirchen ihre Friedhöfe deshalb über kurz oder lang veräußern. Dann wird es besonders wichtig, diese Flächen behutsam zu entwickeln und nicht gleich zuzupflastern.

Unentdecktes Land und unbemerktes Potenzial

Ungenutzte Industriebrachen, wie sie in Teilen auf den Geländen der S-Bahn Berlin zu finden sind, haben ein hohes Potenzial als Rückzugsgebiet für Flora und Fauna. Dass dort vieles wild wachsen kann, trägt zum Natur-, Arten- und Klimaschutz bei. Aber auch den Löwenzahn in einer Bodenspalte

weiter wachsen zu lassen, anstatt ihn auszureißen, leistet einen Beitrag zur Verbesserung und zum Erhalt eines günstigen Mikroklimas.

Es gibt kein Unkraut, es gibt nur Wildkräuter. Dass diese trotzdem manchmal beschnitten werden müssen, weil sie z.B. in den Verkehr hineinzufragen drohen, ist übrigens neben Ver- und Entsiegelungen eine viel zu wenig diskutierte Frage der Verkehrswege aus Sicht des Naturschutzes.

Die Karte der Stadtnatur gibt es kostenlos im Rathaus, in öffentlichen Bibliotheken, in Volkshochschulen, im Umweltamt, aber auch in der Geschäftsstelle der Grünen Friedrichshain-Kreuzberg.

■ Philipp Evenburg

Ein Schlag ins Gesicht des Klimaschutzes

Der Deutschen Umwelthilfe droht die Aberkennung der Gemeinnützigkeit.

Anfang des Jahres entzog der Bundesfinanzhof dem globalisierungskritischen Bündnis Attac die Gemeinnützigkeit aufgrund fehlender politischer Neutralität. Was für viele überraschend kam, löste auch bei anderen Besorgnis aus. Denn die Kriterien, denen die Gemeinnützigkeit zu Grunde liegt, drohen nun auch, anderen gemeinnützigen Vereinen zum Fallstrick zu werden. Die CDU zumindest hat auf ihrem vergangenen Bundesparteitag beschlossen, die Gemeinnützigkeit der Deutschen Umwelthilfe (DUH) prüfen zu lassen.

Mit Klagen für Diesel-Fahrverbote in der Kritik der Auto-Lobby

Das ist schon bezeichnend. Eine Bundesregierung, die es unter einem CDU-Verkehrsminister nicht schafft,

die Automobilkonzerne mit ihren betrügerischen und umweltschädlichen Manipulationen beim Dieselskandal zu stellen, zurechtzuweisen und entsprechende Maßnahmen einzuleiten, versucht sich jetzt über die Parteibasis, einer Ihrer schärfsten Kritiker*innen – der deutschen Umwelthilfe – zu entledigen? Es sieht zumindest so aus. Mindestens aber muss es wie der vorausseilende Gehorsam der CDU-Delegierten gegenüber den Automobilkonzernen aussehen. Schließlich hat die Umwelthilfe schon in vielen Fällen gegen die weitere Zulassung von Dieselfahrzeugen in deutschen Innenstädten geklagt. Das muss Automobilkonzerne ärgern. Menschen indes, die um ihre Gesundheit bangen, sollte das freuen. Auch Berlin droht übrigens eine Klage der DUH, falls sich Fahrverbote für Dieselfahrzeuge weiter verzögern sollten.

Anstatt Nichtregierungsorganisationen mit Prüfungen und Aberkennungsverfahren zu verunsichern, braucht es für sie mehr Rechtssicherheit. Sie sind heute durch ihre Tätigkeiten zu einem weiteren Grundpfeiler für die Demokratie geworden. Da, wo Landes- und Bundesregierungen versagen, greifen gemeinnützige Organisationen wie die Deutsche Umwelthilfe mit Rechtsmitteln ein, die ihnen über das Verbandsklagerecht zustehen. Somit haben sie als zusätzliche zivilgesellschaftliche Regulator*innen eine wichtige Kontrollfunktion inne, die unsere Demokratie stärkt.

Weitere NGOs vom Entzug der Gemeinnützigkeit bedroht

Stattdessen gerät aktuell beispielsweise das Online-Petitionsportal Compact ins Visier der AfD, weil

angeblich kein spezifischer, gemeinsamer Nutzen von ihr ausgehe. Auch Tierschutzorganisationen wird zunehmend aus der rechten Ecke mit Entzug der Gemeinnützigkeit gedroht, weil sie unbequeme Wahrheiten verkünden und Verstöße gegen das Tierschutzgesetz in der Massentierhaltung der Agrarindustrie aufdecken. In Nordrhein-Westfalen ist es sogar so weit gekommen, dass das Verbandsklagerecht für anerkannte Tierschutzorganisationen, das erst nach langen Anstrengungen durch rot-grün ermöglicht wurde, in dieser Legislaturperiode durch die aktuelle CDU/FDP-Regierung einfach wieder abgeschafft wurde. Ein Wahlversprechen an die Agrarlobby, das eingelöst wurde.

„Statt selbst dafür zu sorgen, dass Recht eingehalten wird, werden diejenigen diffamiert, die vor Gericht dafür sorgen wollen, dass Recht eingehalten

wird.“, sagte die grüne Berliner Bundestagsabgeordnete Lisa Pauss jüngst zum Ansinnen des CDU-Parteitags. Tatsächlich ist es paradox und eine alt bekannte Methode: Die gezielte Diffamierung von Aktivist*innen, wie sie in vielen Bereichen des politischen Engagements immer wieder festzustellen ist, hat Methode.

Gemeinnützigkeit stärken anstatt sie aushöhlen

Dabei bedarf es – wie bei allen Anstrengungen, die Klimaziele zu erreichen – eines gemeinsamen gesellschaftlichen Handelns aller, insbesondere natürlich auch der engagierten Umweltverbände, die es politisch zu stärken gilt, anstatt sie in ihren Rechten einzuschränken.

■ Philipp Evenburg

Was tut sich beim Thema Verkehr?

Mit dem neuen Mobilitätsgesetz haben sich die Voraussetzungen zur Förderung des Umweltverbunds, also Radverkehr, Fußverkehr und ÖPNV, nachhaltig verbessert. So kommen wir endgültig weg von der autogerechten Stadt. Berlin investiert in den nächsten Jahren viele Millionen Euro und baut die kaputtgesparte Verwaltung in diesem Bereich massiv aus. Für den Bezirk stellen wir einige der Maßnahmen exemplarisch vor.

Der Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg hat als erster Bezirk einen Radverkehrsplan verabschiedet. In diesem Plan stehen 50 ganz konkrete Maßnahmen, wie wir den Radverkehr in Xhain fördern wollen. Darunter sind kleinere Maßnahmen wie die Schaffung von ausreichend Rad-Parkplätzen vornehmlich auf der Straße, aber auch größere Maßnahmen wie der Komplett-Umbau der Oranienstraße, der Radstreifen auf der Südseite der Stralauer Allee und die Schaffung von weiteren geschützten Radspreisen.

Zu Fuß

Als zweiten Schritt hat die grüne Fraktion in der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) einen Fußverkehrsplan geschrieben. Fußgänger*innen sind die größte Gruppe der Verkehrsteilnehmer*innen. Jede und jeder geht zumindest einen Teil des Weges jeden Tag zu Fuß. Wir wollen die Verkehrssicherheit von Fußgänger*innen in unserem Bezirk stärken und auch auf die Aufenthaltsqualität und die Barrierefreiheit einen besonderen Fokus legen. Daher wollen wir konsequent gegen Gehwegparken vorgehen und auch Kreuzungen durch Poller und Gehwegvorstreckungen freihalten. Wir wollen Gehwege sanieren und verbreitern und mehr barrierefreie Querungsmöglichkeiten schaffen. Nutzungskonflikte zwischen Fußgänger*innen und Radler*innen sollen entschärft werden. Mehr Raum für Fußgänger*innen heißt auch, dass wir uns dafür einsetzen, dass neue Radbügel konsequent auf der Straße angebracht werden anstatt auf dem ohnehin oft engen Fußwegen. Wir setzen uns dafür ein, dass die Grün-Phasen für Fußgänger*innen



Regine Günther und unsere Friedrichshain-Kreuzberger Verkehrspolitik*innen beim Bepflanzen der Parkletts in der Bergmannstraße

Foto: Pascal Striebel

so verlängert werden, dass man in der Regel bei Grün auch über die gesamte Straße kommt.

Falschparker*innen

Das verstärkte Vorgehen gegen Falschparker*innen auf Geh- und Radwegen stellt einen Schwerpunkt unserer Arbeit in der BVV dar. Das Ordnungsamts kontrolliert vor allem auf Schulwegen, aber auch an anderen Stellen muss deutlich mehr Druck rein. Denn viel zu oft kommt es aufgrund von blockierten Radwegen zu gefährlichen Situationen und lebensgefährlichen Unfällen. Der Bezirk kooperiert daher verstärkt mit Abschleppunternehmen. An Hotspots soll das Ordnungsamts den Abschleppwagen schon dabei haben. Wenn das nicht reicht, soll der Bezirk ähnlich wie die BVG eigene Abschleppwagen anschaffen. Überall wo Fußgänger*innen und Radfahrer*innen gefährdet werden,

muss auch konsequent abgeschleppt werden.

Neue Wege

Aber wir arbeiten natürlich auch an besseren Rad- und Fußwegen. So gibt es in der Proskauer Straße und der Katzbachstraße nun grün gefärbte Radwege, die deutlich als solche erkennbar sind. An der Hasenheide gibt es einen weiteren geschützten Radweg, wo Poller das Falschparken verhindern. In der Gitschiner Straße wurde nach zehn Jahren Planung endlich eine Radspur angelegt. Die noch fehlenden Abschnitte werden jetzt weiter gebaut. Der Radweg auf dem Mehringdamm wird saniert und auf Höhe des U-Bahn-Eingangs „Platz der Luftbrücke“ auf die Straße geführt. Der Radweg auf der Karl-Marx-Allee wird derzeit verbreitert. Für die Verbreiterung des Radwegs auf der Frankfurter Allee bzw. die Ein-

richtung einer geschützten Radspur ist die Ausschreibung geplant. Am Paul- und Paula-Ufer an der Rummelsburger Bucht entsteht ein 5,5 Meter breiter Geh- und Radweg. Die Prinzenstraße wird beidseitig einen geschützten Radweg erhalten.

Autofreie Kieze

Im Wrangelkiez wird gerade – finanziert von der Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz – eine Machbarkeitsstudie erstellt, um diesen Kiez autofrei zu machen. Was in anderen Städten längst Alltag ist, soll auch hier probiert werden. Der auch jetzt schon – eigentlich – verkehrsberuhigte Bereich soll endlich den Menschen zurückgegeben werden. Bis Juni wird noch an einer Machbarkeitsstudie geschrieben, ob und wie aus dem Generalszug in der Yorck- und Gneisenaustraße ein Radschnellweg werden kann. In

Kreuzberg 61 gibt es mittlerweile zwei neue Parkraumbewirtschaftungszonen, die den Parkdruck verringern und für mehr Sicherheit sorgen. Für Anwohner*innen gibt es dafür für rund 10 Euro pro Jahr günstige Vignetten. Die Bewirtschaftung wird so bald wie möglich auf den ganzen Bezirk ausgedehnt. Für Kreuzberg läuft die Ausschreibung bereits, für Friedrichshain kommt sie demnächst.

ÖPNV und Fahrradbügel

Für die Tram baut die BVG derzeit barrierefreie Haltestellen-Kaps entlang der Linie 21, also in der Eldenaer Straße, dem Weidenweg und der Boxhagener Straße hin zum Ostkreuz. Die M10 soll über Kreuzberg bis zum Hermannplatz verlängert werden. Eine erste Phase der Bürger*innen-Beteiligung ist mittlerweile abgeschlossen, jetzt werden mögliche Trassen untersucht. Am U-Bahnhof Schlesisches Tor wird hoffentlich noch in diesem Jahr endlich der dringend benötigte Aufzug gebaut werden. Hier hat es Verzögerungen gegeben, um die nötige Barrierefreiheit mit dem Denkmalschutz in Einklang zu bringen.

Und zu guter Letzt: Der Bezirk hat für über 100.000 Euro neue Fahrradbügel bestellt, die nun nach und nach auf die Straßen des Bezirks kommen – vor allem an Schulen, vor Geschäften, Gastronomie und anderen Orten mit Publikumsverkehr wie zum Beispiel Ärzthäusern.

■ Annika Gerold und Pascal Striebel, Bezirksverordnete



Impressum:

Der Xhain-Stachel ist die Zeitung von Bündnis 90/Die Grünen im Berliner Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg. Die ehrenamtlich arbeitende Redaktion ist gewählt durch die Mitgliederversammlung. Die abgedruckten Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Redaktion:
Henry Arnold (V.i.S.d.P.) (ha)
Laura Eckl
Werner Heck (wh)
Anja Mallmann
Claudia Schulte

Freie Mitarbeiter*innen:
Rebecca Eilfort
Christian Könneke (ck)
Astrid Lamm
Rike Suckert (rs)

Kontakt zur Redaktion:
stachelredaktion@gruene-xhain.de

Der Stachel im Internet:
www.gruene-xhain.de/stachel

Layout & Satz: Jörn Jaath

Auflage: 7.000

Druck:
BVZ Berliner Zeitungsdruck

Herausgeberin:
Bündnis 90/Die Grünen
Kreisverband
Friedrichshain-Kreuzberg
Dresdner Straße 10
10999 Berlin

Fon: +49 30 614 31 46
Fax: +49 30 614 31 42

info@gruene-xhain.de
www.gruene-xhain.de

Wie gestalten wir die grüne Verkehrswende?

Impulse zum Grundsatzprogramm von Bündnis 90/Die Grünen

Bündnis 90/Die Grünen geben sich ein neues Grundsatzprogramm. Bis 2020 soll dieses auf den Weg gebracht werden. Auch wir als Grüne Xhain bringen uns ein. Mobilität bewegt die Menschen in Xhain – und das nicht nur wortwörtlich. Bereits im November haben wir als Kreisverband Friedrichshain-Kreuzberg daher eine Tagung zum Thema „Mobilität der Zukunft – Wie gestalten wir die grüne Verkehrswende?“ mit über 100 Teilnehmenden durchgeführt. Die Mobilität der Zukunft war die Frage, die dabei über allem stand. Und wir haben nach Lösungen gesucht.

Deshalb war besonders spannend, dass wir neben den internen Expert*innen von Bündnis 90/Die Grünen auch Vertreter*innen von Initiativen und Expertise aus der Wissenschaft mit an Bord hatten. Der inspirierende Vortrag von Prof. Dr. Andreas Knie vom Wissenschaftszentrum (WZB) machte uns deutlich, wie die grüne Verkehrswende gelingen könnte. Er zeigte auf, dass sich das Verhalten der Stadtgesellschaft bereits vielerorts verändert. Ein Beispiel dafür ist für uns alle sichtbar – der Radverkehr, der sich vielerorts verdoppelt hat. Und es ist mehr als deutlich, dass dafür mehr Radwege und höhere Sicherheit notwendig sind. Moderne Verkehrspolitik muss darüber hinaus Verhältnisse schaffen, es immer mehr Menschen zu ermöglichen, verschiedene Verkehrsmittel flexibel zu nutzen.

Die politischen und rechtlichen Rahmenbedingungen für eine neue

Mobilitätsgesellschaft zu verändern, bleibt nach wie vor eine Herausforderung. Mit dem Mobilitätsgesetz, dem ersten in Deutschland, sind wichtige Schritte getan, um alle verkehrsteilnehmenden Gruppen gleichberechtigt am Verkehr teilhaben zu lassen. Dennoch ist es zentral, dass sich auch die Bundesgesetzgebung ändert: beispielsweise die bestehenden Grenzwerte für CO2 und Luftschadstoffe und Lärm.

An diesem Tag wurde nochmals klar, dass die Verkehrswende sehr viel Mut zur Gestaltung und Durchhaltvermögen erfordert. Wir sehen jedoch nicht nur in anderen Großstädten, wie z.B. in Stockholm und London, dass es viele positive Beispiele in Europa gibt. Kleine Gemeinden machen uns auch in Deutschland vor, dass man heute bereits klimaneutral leben kann: Alheim in NRW ist so ein Beispiel.

Wir brauchen diese positiven Vorbilder, um die Verkehrswende zu ermöglichen. Andreas Knie wirbt für „Labore der Ermöglichung“. Das bedeutet, dass Kommunikation sowie Bündnis- und Allianzbildung einen großen Stellenwert einnehmen. Beispiel dafür ist bei uns in Friedrichshain-Kreuzberg, die Initiative „Autofreier Wrangelkiez“. Für diese Initiative hat der Senat gerade erst kürzlich das Budget für eine Machbarkeitsstudie genehmigt.

Doch der erkenntnisbringendste Teil der Tagung auf der Suche nach den Antworten für eine grüne Verkehrswende waren die Workshops:

Mobilität und Lebensqualität mit Harald Moritz MdB, verkehrspolitischer Sprecher und Isabell Eberlein, Changing Cities

Fazit dieser Diskussion war, dass Mobilität immer mit Wohnen und einer lebenswerten Stadt zusammenhängt. Diese Stadt richtet sich nach den Bedürfnissen der Menschen und ermöglicht soziale Teilhabe. Da Autos heute beispielsweise überwiegend herumstehen und nicht genutzt werden, fiel hier auch mal das Stichwort: das Auto als fahrbares Gepäckschließfach. Einig waren sich alle, dass es so nicht bleiben soll. Das Auto nimmt einfach zu viel Platz ein und verhindert letztendlich Lebensqualität für alle Stadtbewohner*innen. Insgesamt waren sich die Teilnehmenden einig, dass es darum geht, die Chancen einer grünen Verkehrswende zu erzählen, um die Menschen dafür zu gewinnen. Auch hier wurde betont, dass es Mut braucht, neue Konzepte voranzutreiben und durchzusetzen.

Vision Zero mit Canan Bayram MdB und Jörg Ortlepp, Unfallforschung der Versicherer

In dieser Gruppe wurde vor allem über Verkehrssicherheit diskutiert. Hier knüpft unser politisches Ziel der „Vision Zero“ – also die Reduzierung von Verkehrstoten auf Null – an.

Dafür braucht es ein ganzes Paket an Lösungen, um Verkehrssicherheit in allen Bereichen zu erhöhen und das Unfallrisiko zu minimieren. Um dies zu erreichen, ist es zentral dafür zu sorgen, dass Geschwindigkeitsbegren-

zungen angewandt und umgesetzt werden. Nur wenn das gewährleistet ist, erhöht sich die Sicherheit um ein Vielfaches. Auch die Sicherheit für Fahrradfahrer*innen darf z.B. nicht durch den Lieferverkehr blockiert werden.

Radverkehr von morgen mit Stefan Gelbhaar MdB und Annika Meenen, VCD

Hier wurde herausgearbeitet, dass die Digitalisierung ungeheure Chancen bietet, verschiedene Verkehrsmittel für jede Nutzer*in intelligent zu verknüpfen. Das sollte für die Zukunft bedeuten, dass man sich per App informieren kann, welche Verkehrsmittel für die aktuellen Bedürfnisse die passenden sind. So können ÖPNV, Warentransport und beispielsweise Lastenräder kombiniert genutzt werden. Wäre es nicht wundervoll, wenn wir zukünftig alle Verkehrsmittel über eine App und ein Bezahlungssystem zu nutzer*innenfreundlichen Preisen miteinander kombinieren und buchen könnten?

Die Ergebnisse der Tagung werden in den Grundsatzprogrammprozess von Bündnis 90/Die Grünen eingespeist. Sehr viele der Teilnehmenden waren inspiriert, sich jetzt erst recht für die grüne Verkehrswende zu engagieren.

■ Anne Burckhardt-Schön, Geschäftsführender Ausschuss

Baut Brücken, nicht Mauern | Für ein Europa, das hilft

Aus Berlin nach Europa: Anna Cavazzini (37) und Erik Marquardt (31) kandidieren auf den Plätzen 7 und 8 der grünen Liste zur Europawahl. Der Stachel hat sie im März zu ihren Zielen und Vorstellungen befragt. [Nachdruck aus dem Xhain-Stachel März 2019]

Stachel: Was hat euch bewogen, für das Europaparlament zu kandidieren und was sind eure politischen Schwerpunktthemen?

Anna: Ich trete vor allem mit den Themen internationale Gerechtigkeit, gerechte Handelspolitik und faire Globalisierung an. Ich habe mich bisher beruflich viel mit diesen Themen beschäftigt. Das Europaparlament ist meiner Meinung nach der Ort an dem man die Hebel in der Hand hat, um hier etwas zu bewirken. Deshalb habe ich mich entschlossen zu kandidieren.

Erik: Leider gibt es ein verzerrtes Bild vom Europäischen Parlament in der Öffentlichkeit. Dort werden massenhaft wichtige Entscheidungen getroffen und man kann viel bewegen. Daran mitzuwirken und mehr Aufmerksamkeit auf die europäische Ebene zu lenken, würde mir sehr viel Spaß machen. Besonders in meinem Schwerpunktthema Migration und Flucht muss endlich eine solidarische europäische Lösung gefunden werden. Ich war viel auf den Fluchtrouten nach Europa und in Afghanistan unterwegs und habe mich im letzten Jahr bei der Seenotrettung im Mittelmeer engagiert. Dort sterben tagtäglich Menschen, weil Differenzen in der Asylpolitik auf dem Rücken der Schwächsten ausgegossen werden. Ein unerträglicher Zustand.

Das klingt spannend aber auch gefährlich. Hattest du Probleme dorthin zu reisen, wo du hinreisen wolltest?

Erik: Natürlich muss man sich gut vorbereiten, wenn man in Krisengebiete fährt. Aber als Fotojourna-

list ist es meine Aufgabe, die Komfortzone zu verlassen. Das will ich auch als Politiker fortsetzen. Auf den Rettungsschiffen war ich mehrmals Schnellbootfahrer bei Seenotrettungseinsätzen und habe von der Arbeit berichtet. Inzwischen ist es üblich, dass man mit Hass überschüttet wird und sogar Morddrohungen bekommt, wenn man sich für Geflüchtete einsetzt. Dieser rechte Mob, der vor allem im Internet aktiv ist, ist leider erfolgreich. Inzwischen scheint es vielen Verantwortlichen lieber zu sein, wenn Menschen ertrinken als dass sie lebend Europa erreichen. Wenn wir das zulassen, ertrinken im Mittelmeer nicht nur die Menschen, sondern auch die europäischen Werte. Deswegen will ich mich mit aller Kraft dafür einsetzen, dass den Rechten nicht das Feld überlassen wird.

Anna, deine Themen haben ja auch einen starken globalen Bezug. Was stellst du dir konkret vor, was Europa in der Wirtschaftspolitik anders

machen müsste, damit diese nicht zulasten der Menschen geht, die nicht in Europa leben?

Anna: Vor allem müsste Europa seine Agrarpolitik so ausrichten, dass nicht ständig Überschüsse produziert und anschließend überall hin exportiert werden. Beispiele sind etwa tonnenweise Milchpulver, das nach Mexiko geliefert wird, oder Zwiebeln, die nach Afrika exportiert werden. Das hat zur Folge, dass die Existenz unzähliger Bauernfamilien vor Ort zerstört wird. Ein anderes wichtiges Thema ist, die Unternehmen in die Verantwortung zu nehmen für ihre Produktionsketten. Zum Beispiel in der Textilindustrie gibt es dabei aktuell zu viele Gefahren für Menschen und extreme Umweltverschmutzung.

Gehen wir mal weg von der europäischen und hin zur Berliner Ebene: Hier beschäftigt die Menschen momentan besonders das Thema Wohnen und

Mieten. Welche Erfahrungen habt ihr dazu gemacht?

Anna: Ich bin selbst gerade davon betroffen. Ich suche eine neue Wohnung und erlebe daher, wie verrückt es in Berlin momentan zugeht, was die Mietpreise betrifft. Das Thema hat aber auch eine europäische Komponente. Man kann an verschiedenen europäischen Städten sehen, dass es dort ähnliche Probleme gibt bzw. wie diese Probleme teilweise gut, teilweise schlecht angegangen werden. Deshalb kommt das Thema bezahlbarer Wohnraum auch im Wahlprogramm der europäischen Grünen vor.

Erik: Ich habe auch schon erlebt, dass ich mir eine neue Wohnung suchen musste, weil die alte zu teuer wurde. Ich finde es gut, dass zumindest in Friedrichshain-Kreuzberg jetzt politisch etwas dagegen getan wird. Letztendlich muss man sich meiner Meinung nach aber die Frage stellen, ob man das Recht auf Wohnen

nicht höher bewerten sollte als etwa geschäftliche Interessen einzelner Unternehmen.

Was glaubt ihr, was ist momentan besonders gut an der EU und in welchem Punkt gibt es den größten Reformbedarf?

Erik: Meiner Meinung nach läuft schief in der EU, dass in vielen Punkten wirtschaftliche Interessen über intensiven Lobbyismus zu viel Einfluss auf Entscheidungsprozesse haben. Aber immer wenn wir einzelne Entscheidungen oder Strukturen kritisieren, dürfen wir nicht vergessen, dass das Projekt Europa nicht grundlegend in Frage gestellt werden sollte. Die Europäische Idee hat es verdient, dass wir sie gestalten. Wir vergessen manchmal, dass wir keine Alternative zur europäischen Zusammenarbeit haben. Kleinstaaterei wird im 21. Jahrhundert keine großen Probleme lösen.

Anna: Was auf der europäischen Ebene meiner Meinung nach zu kurz kommt, ist das Soziale. Hier sperren sich die Mitgliedsstaaten dagegen, Kompetenzen nach Brüssel zu übertragen. Deswegen fordern wir Grünen auch europaweite Mindeststandards z.B. für Löhne oder Grundsicherungen. Was ich sehr gut finde, ist allerdings die Freizügigkeit. Dass es heutzutage normal ist, innerhalb von Europa umzuziehen oder mal in diesem, mal in jenem Land zu arbeiten.

Vielen Dank für das Gespräch und viel Erfolg bei der Europawahl.



Baut Brücken, nicht Mauern! Wien, Mitte April: Aufmarsch der Identitären und Antifa-Gegendemo

Foto: Henry Arnold

Das Gespräch führte Dominik Pross

Die AG Stadt macht Europawahlkampf

Der Europawahlkampf ist in vollem Gange. Das Europäische Parlament, die europäische „Regierung“ und der grundsätzliche politische Einigungsprozess liegen uns dabei weiterhin sehr am Herzen.

Dementsprechend wollen wir unseren Beitrag leisten und so viele Menschen, wie möglich, zum Wählen anregen. Vor allem aber wollen wir gemeinsam eine Reihe von Themen ansprechen, die uns alle direkt oder indirekt betreffen, da sie an Europa geknüpft sind. In der Zeit vom 10. bis zum 20. Mai bieten wir daher unter dem Motto „Wir holen Europa in den Kiez!“ viele spannende Veranstaltungen und Aktionen an.

Unser Ziel ist, die Schwerpunkte unserer AG – das sind Großstadt und Kiez, Wohnungspolitik, Spekulation und Verdrängung, sozialgerechte Klimapolitik und Gebäudeenergie, Tourismus und Ferienwohnungsproblematik – mit Europapolitik zu verbinden. Dass Entscheidungen der EU und des Europaparlaments unmittelbare Auswirkungen auf Kieze haben, versteht sich von selbst. Wir wollen jedoch nicht nur einige Zusammenhänge aufdecken, sondern uns vor allem besonders drängenden Problemen widmen. Dabei geht es auch um Einflussmöglichkeiten der Kieze, Bezirke oder Kommunen auf die EU und auf welche Weise diese noch verstärkt werden könnten. Angesichts der Probleme vieler anderer Metropolen, größerer und mittelgrößerer Städte in Europa halten wir eine europaweite Vorgehensweise für dringend notwendig.

Mit unseren Wahlkampfständen auf Straßen und Plätzen wollen wir in Gesprächen Kontakte mit Menschen in den Kiezen aufbauen.

Rückkoppelungen, wie diese, sind uns sehr wichtig. Auch in Veranstaltungen, wie Podiumsdiskussionen, wollen wir Gesellschaft, Politik und Initiativen in einen Dialog miteinander stellen. All diese Gelegenheiten wollen wir auch dafür nutzen, um unsere grünen Forderungen und Positionen vorzustellen, aber auch um sie anzureichern und auszuweiten.

Aktionsprogramm im Mai

Zum Zeitpunkt des Redaktionsschlusses war unser Aktionsprogramm noch nicht komplett. Es wird außerdem auch einige spontane Aktionen geben. Wir können jedoch jetzt schon einige Hinweise über unser Programm verraten:

- Steuerflucht, Steuervermeidung, Geldwäsche. Wieso gibt es kein europaweites und harmonisierendes Immobilienregister? (geplant ist eine Podiumsdiskussion u.a. mit Sven Giegold am Samstag, den 18. Mai 2019).
- Eine sozialgerechte Klimapolitik muss her. Welche Möglichkeiten und Konzepte gibt es (Energiegeld, EU-Normen)? Wer kann was leisten? Ein Versuch EU-Klimapolitik auf den Kiez und den Gebäudebereich herunterzubrechen (geplant ist eine Podiumsdiskussion u.a. mit Canan Bayram am Dienstag, den 21. Mai 2019).

- AirBnB und Co. und wo die EU für eine europaweite Lösung ansetzen könnte (Stadtspaziergang vorbei an drei Stationen).

- Wir brauchen eine Gemeinsame Wohnungspolitik in Europa. Bezahlbares Wohnen und ein Wohnen für alle auch ein Thema für die EU!? Gleich an mehreren Standorten gibt es Plakataktionen und Unterschriftensammlung für die Petition der Europäischen Bürger*innen Initiative für Housing for all (www.housingforall.eu/), die nicht überraschend aus Wien kommt. Mehr Infos findest auch im Stachel-Beitrag „Viele Wege führen nach Wien - Was uns Österreich lehrt“.

- Eine Agenda für den Munizipalismus in Europa? (Vortrag mit Diskussion).

- u.a.

Anfang Mai werden wir einen detaillierten Flyer herausgeben. Auch Online findet ihr mehr Infos über unsere Aktionen und Veranstaltungen. Und wenn ihr Lust habt mitzumachen, schreibt uns einfach an stadt@gruene-xhain.de oder kommt zu unserem nächsten Treffen am Donnerstag, den 9. Mai 2019 um 19 Uhr im Igelbau (Dresdener Str. 10, 10999 Berlin).

Theo Ioannidis, AG Stadt

EU-Agrarpolitik

Europawahl wird zur Abstimmung über Umwelt- und Artenschutz

In der letzten Woche hat der Agrarausschuss des Europaparlaments über die Reform der Europäischen Agrarpolitik (GAP) entschieden. Bei dieser Abstimmung hat sich eine ganz große Koalition aus Konservativen, etlichen Sozialdemokraten und Liberalen jeglicher substanzieller Änderung in der Agrarpolitik verweigert.

Kampf gegen Pestizideinsatz und Artensterben

So wurden zahlreiche gemeinsame Änderungsanträge von Grünen und Linken durch eine Schwarz-Rot-Gelbe Mehrheit abgelehnt. Bei diesem Anträgen ging es unter anderem um folgendes: Wir wollten den Teil der Direktzahlungen an die Bauern begrenzen, der nur von der Größe der bewirtschafteten Flächen abhängt. Diese Änderung hätte bäuerliche Betriebe gegenüber großen Agrarriesen gestärkt, die zur Zeit 80 Prozent der Direktzahlungen erhalten. Diese Direktzahlungen wollten wir auch an verbindliche Umweltschutzmaßnahmen, wie z.B. der Verringerung des Einsatzes von Pestiziden, koppeln. Das Scheitern dieser Anträge ist angesichts des dramatischen Artensterbens bei Insekten, Vögeln und Co. eine sehr schlechte Nachricht. Das Artensterben steht in direktem Zusammenhang mit massiven Pestizideinsatz in der Landwirtschaft. Während die Bürgerinnen und Bürger in Bayern per Volksbegehren für mehr Artenschutz gesorgt haben, machen

Christdemokraten, Sozialdemokraten und Liberale im Europaparlament das Gegenteil.

Noch ist aber nicht aller Tage Abend. Denn der Beschluss des Agrarausschusses kommt zu spät, um noch vor der Wahl im Europaparlament endgültig beschlossen zu werden. Das heißt, das nächste Europaparlament kann diese Entscheidung schon im Juli revidieren. Mit anderen Worten: Diese Europawahl ist entscheidend für die EU-Agrarpolitik der Zukunft. Entweder die schlechten Zustände in der Agrarpolitik werden zementiert oder wir bringen den Sektor auf einen nachhaltigen Weg. Durch die rückwärtsgerandete Politik einer unheiligen Allianz von Christdemokraten, Sozialdemokraten und Liberalen, würde das Artensterben, ungehemmter Pestizideinsatz, Tierleid und Umweltzerstörung weitergehen.

Die Bürgerinnen und Bürger haben es jetzt in der Hand am 26.5. bei den Europawahlen ihre Stimme für eine andere Form der Landwirtschaft abzugeben. Die Europawahl muss zu einer Abstimmung über Umwelt- und Artenschutz werden. Denn nur wenn es keine Mehrheit mehr für das Weiter-So im nächsten Europaparlament gibt, haben Bienen, Vögel, Fledermäuse und Co. eine Chance.

Sven Giegold, Spitzenkandidat von Bündnis 90/ Die Grünen zur Europawahl

RAW als städtebauliches Erhaltungsgebiet

Die Initiative RAW.Kulturensemble hat erfolgreich Unterschriften für einen Einwohner*innenantrag „RAW als städtebauliches Erhaltungsgebiet sichern“ gesammelt und diesen Ende März in die BVV eingebracht. Er wird nun zunächst in den Ausschüssen für Kultur und Bildung (am 14. Mai um 18.00 Uhr vor Ort auf dem RAW-Gelände) sowie Stadtentwicklung diskutiert werden.

Es stellt sich nämlich die Frage, ob eine solche Erhaltungssatzung wirklich geeignet wäre, das RAW, so wie wir es kennen, zu erhalten. Denn „erhalten“ hieße in diesem Zusammenhang letztlich nur, dass die städtebauliche Gestalt erhalten bliebe. Doch die soziokulturellen Nutzungen und ihre Nutzer*innen, die Clubs, die Skaterhalle, Sommergarten und Kletterturm etc. würden dadurch natürlich nicht abgesichert. Um dieses zu erreichen, muß vielmehr eine Einigung mit den Besitzern des Geländes gefunden werden. Und ob der Erlass einer Erhaltungssatzung hierzu beitragen würde, darf bezweifelt werden. Dennoch möchten wir die Initiative hier zu Wort kommen lassen und dokumentieren die Rede zur Einbringung des Antrags in die BVV vom 27.3.2019 in leicht gekürzter Form: [wh]

„(...) Vor 5 Jahren standen wir schon einmal vor Ihnen. (...) Wie schon 2014 steht eine Planung im Raum, die vom Wesen des RAW wenig übrig lassen wird. Damals beschloss die BVV dann „Das gesamte Gelände soll sich als Bereich für Freizeit, Soziales und Kultur aus dem Bestand heraus weiterentwickeln.“ Die Planidee war 2014, also vor dem zitierten Beschluss, den Soziokulturellen Bereich zu erhalten und dafür das RAW drumherum stark nachverdichten. (...) Und das ist heute wieder der Fall. Es ist nicht mehr vom Gesamtensemble die Rede, das sich aus dem Bestand heraus entwickelt, sondern es ist eine Transformation geplant, die in der Gesamtbetrachtung die städtebauliche Funktion des RAW ignoriert – nämlich das RAW als innerstädtischer Freiraum für Kultur, für Freizeit, Erholung und lokales Gewerbe. Und deshalb stehen wir heute wieder auf die besonderen Freiraumqualitäten des RAW lenken. Dazu bringen wir einen konkreten Vorschlag in die



Flohmarkt auf dem RAW-Gelände

Foto: Christian Könneke

RAW-Entwicklung ein. Nämlich die städtebauliche Erhaltungsverordnung nach § 172 BauGB. Man könnte sagen, sie ist die kleine Schwester der Milieuschutzsatzung und schützt „die städtebauliche Eigenart aufgrund der städtebaulichen Gestalt“, im weitesten Sinne also Milieuschutz für Häuser und Freiflächen (...).

Worin besteht die städtebauliche Eigenart des RAW?

(...) Ursprünglich sollte auf den Flächen des heutigen RAW eine Blockrandbebauung entstehen. Stattdessen wurde dieser Plan verworfen und eine Eisenbahnwerkstatt eingerichtet. Aufgrund aber dieser Abweichung vom Hobrechtplan entstand eine städtebauliche Besonderheit, die jedem ins Auge springt, der sich über die Warschauer Brücke in Richtung Boxhagener Kiez bewegt. Da liegt dann rechtsseitig das RAW - deutlich tiefer

als die Wohnbebauung dahinter und auch in der Gebäudestruktur deutlich von der Umgebung zu unterscheiden. Es entstand eine bauhistorische Collage, die 130 Jahre später mit dem Wegfall der Eisenbahn-Nutzung dann der Ausgangspunkt und die Voraussetzung war für die kulturelle Nachnutzung, die dem RAW heute eine neue stadträumliche Funktion verleiht. Diese neue stadträumliche oder auch städtebauliche Funktion ergibt sich nicht nur durch etablierte Nutzungen wie dem Soziokulturellen Zentrum, oder – um nur ein Beispiel zu nennen – dem Urban Spree, das vom Abriss bedroht ist.

Es ist doch so, dass eine Vielzahl an geplanten Nachverdichtungen im Umfeld des RAW-Gelände erst in einigen Jahren sichtbar oder wirksam wird. Und somit steigt die (zukünftige) Bedeutung des RAW als innerstädtischer Freiraum auch im Hinblick auf das

schon vorhandene Grünflächen-Defizit in Friedrichshain und gerade im Zuge der Nachverdichtung zwischen Ostkreuz und Warschauer Brücke – hier natürlich mit besonderem Blick auf den „Entertainment District“ nebenan. Auch die Frage, wie sich die Umsetzung der Pläne auf die soziokulturelle Praxis im RAW auswirken würde, selbst mit 30 Jahren Mietvertrag, ist eine Überlegung wert.

Das Soziokulturelle Zentrum braucht ja nicht nur eine vertragliche Sicherung, sondern hängt auch von seiner Umgebung ab. Mit der Umsetzung der vorliegenden Planung werden Nutzungskonflikte auf dem RAW entfacht, innerhalb derer sich die Pioniernutzungen in einen Soziokultur-Zoo verwandeln werden.

Was sind also die Ziele der Erhaltungsverordnung in Bezug auf das RAW?

Wir wollen über den (weitestgehenden) Erhalt der vorhandenen Bebauungsstruktur stadträumlich wichtige Nutzungen schützen und Möglichkeitsräume für zukünftige Nutzungsbedarfe sichern. Das schließt behutsame bauliche Ergänzungen ganz und gar nicht aus. Eine fortschrittliche, kleinteilige Planung aber behält die Zukunft der Stadt im Blick und ermöglicht auch in 30 Jahren noch die Anpassung an sich verändernde Nutzungsbedürfnisse. Dabei ist die städtebauliche Erhaltungsverordnung deshalb so interessant, weil sie die langjährige Diskussion um die Bebauung befrieden kann - sie schafft einen verbindlichen Planungsrahmen (...): Eine Entwicklung wird dadurch nicht verhindert, aber Neubauten müssen sich in das Ensemble einfügen, wovon der Stadtraum RAW, seine aktuellen und zukünftigen Nutzer*innen und die Bewohner*innen Berlins profitieren (...).

Die Annahme des Einwohner*innen-Antrags bedeutet erstmal nichts anderes, als dass das Bezirksamt aufgefordert wird, eine Erhaltungsverordnung zu erlassen. Wobei ein Beschluss über den Erlass nicht gleichzusetzen ist mit der tatsächlichen Umsetzung. Zuvor müsste eine Prüfung stattfinden, die normalerweise von externen Fachleuten vorgenommen wird. (...) 20 Jahre hat das RAW – nicht zuletzt dank Ihrer Unterstützung – auch die schlimmsten Wild-West-Episoden der Immobilienwirtschaft überstanden. Wenn auch, zugegebenermaßen, nicht mehr im besten Zustand. Deshalb muss sich das RAW entwickeln! Das stellen wir nicht infrage. Unsere Frage ist: Wie? Wie wird das RAW entwickelt? Wie muss es sich entwickeln? Wir bitten Sie in diesem Sinne darum, den Einwohner*innen-Antrag zu unterstützen!

■ Für die Initiative RAW. Kulturensemble, vorgetragen von Jenny Goldberg

Halle für alle? | Eine Debatte zwischen Kiezstruktur, Aldi und Ernährungswende

Seit einigen Wochen wird über die Kündigung einer Aldi-Filiale in der Markthalle IX in Kreuzberg diskutiert. Doch dabei geht es eigentlich um viel mehr, als nur um die Zukunft eines Supermarktes.

Die Debatten der letzten Wochen verdeutlichen einmal mehr, wie angespannt die Situation in unseren Kiezen ist. Die Angst und die Erfahrungen, die Veränderungen in der Nachbarschaft nicht mehr beeinflussen zu können und nicht mehr Teil dieser zu sein, sind im ganzen Bezirk immer stärker zu spüren – ganz unabhängig von der Diskussion um die Markthalle IX. Die Frage, wem die Stadt gehört, wird allzu häufig nur noch über den Geldbeutel bestimmt. Das erleben viele Menschen jeden Tag, wenn übertriebene Modernisierungsankündigungen oder Eigenbedarfskündigungen ins Haus flattern. Auf den ersten Blick mutet es daher mehr als absurd an, dass die Kündigung des Aldi-Supermarktes zugunsten eines dm-Drogeriemarktes dafür ein Sinnbild sein soll.

Vision und Realität

Das Großunternehmen Aldi ist der nach Bruttoumsatz weltweit erfolgreichste Discounter-Konzern und die Eigentümer gehören zu den reichsten Menschen des Landes. Ein Unternehmen, das laut der Gewerkschaft ver.di systematisch versucht, unab-



Markthalle IX in Kreuzberg

Foto: Rebecca Eilfort

hängige Mitarbeitervertretungen zu verhindern. Immer wieder werden dem Großkonzern Arbeitsrechtsverletzungen vorgeworfen und Aldi nutzt seit vielen Jahren rücksichtslos seine Marktmacht, um die Preise für Bauern existenzbedrohend zu drücken. Gleichzeitig ist die Debatte aber nicht schwarz-weiß, es geht mit Nichten nur um Aldi als Konzern oder nur um die Frage, wie eine andere Lebensmit-

telproduktion aussehen muss. Es geht auch um die Angebote in der Halle und wer sich diese leisten kann. Zahlen des Bezirksamtes zeigen, dass ein Viertel der Anwohner*innen im Kiez Transferleistungen beziehen.

Als 2010 im Zuge der falschen Ausverkaufspolitik vom rot-roten Senat die Markthalle IX meistbietend und ohne Vorgaben an Investoren verkauft und in einen großen Supermarkt

umgebaut werden sollte, konnte dies nicht zuletzt wegen des Engagements in der Nachbarschaft verhindert werden. Zwar blieb es bei einer Privatisierung, es kam aber zu einem der ersten Konzeptverfahren durch das Land Berlin. Den Zuschlag vom Land bekamen damals die aktuellen Betreiber. Ziel war es, die Markthalle IX für den Kiez zu öffnen und die benötigten Bedarfe abzubilden. Es sollte eine Halle für alle geschaffen werden. Für die Betreiber gehören dazu ebenso die Produzent*innen, die sich der Ernährungswende widmen. Die Markthalle hat zahlreiche neue Gründungen von kleinen Betrieben und lokalem Handwerk ermöglicht.

Solidarische Konzepte

Eine Halle für alle heißt aber unbedingt auch, dass die Markthalle ein nachbarschaftlicher Treffpunkt sein muss – möglichst an allen Tagen und für alle Menschen im Kiez, unabhängig vom Einkommen. Viele Anwohnende sagen, dass im Moment Aldi dieses für sie darstellt und ihnen sonst Angebote fehlen. Im Moment zieht die Markthalle am Wochenende und zu Events Besuchermassen an,

dazu Lieferverkehr und Lärm. Unter der Woche gibt es derweil nur wenige Stände und Einkaufsmöglichkeiten. Auch das ist Teil der Anfang April zwischen allen beteiligten Akteuren gestarteten Gesprächsrunden.

Eine Ernährungswende kann nur gelingen, wenn sie gesellschaftlich ausgehandelt wird und mit sozialer Gerechtigkeit einhergeht. Bisher ist Bio für alle noch eine Utopie, die für zu viele Menschen zu teuer ist. Das zu ändern, ist die große Herausforderung – nicht nur für die Markthalle, sondern für die gesamte Gesellschaft. Erste Schritte vor Ort könnten Rabatte an den Ständen für Menschen mit weniger Geld sein, wie sie teils auch schon umgesetzt werden. Auch solidarische Konzepte, die sich an französischen und US-Amerikanischen Coops orientieren, könnten weitere Ansätze sein. Es müssen jetzt gemeinsam Änderungen in der Markthalle auf den Weg gebracht werden. Auch wenn es nicht einfach wird, der Diskurs dazu läuft und ist nötig.

■ Julian Schwarze, Bezirksverordneter

■ Aida Baghernejad, Geschäftsführender Ausschuss

Halbzeit in Berlin: Wir bauen die Stadt von morgen

Seit Dezember 2016 regiert Rot-Rot-Grün in Berlin; Zeit um Bilanz zu ziehen. Die Herausforderungen sind groß, viel wurde schon geschafft, viel bleibt noch zu tun.

Als Rot-Rot-Grün vor mehr als zwei Jahren an die Regierung kam, fehlte es in Berlin an allem. Es wurde wirklich an allen Ecken und Enden gespart, bis es quietscht! Obwohl Berlin seit Jahren wächst. Nicht nur die Bevölkerung, sondern auch an Herausforderungen.

Dieser Blick zurück ist wichtig, wenn man eine ehrliche Halbzeitbilanz unserer Regierung ziehen will. Seit etwas mehr als zwei Jahren packen wir an, was jahrelang liegen geblieben ist: Investitionen, Gesetze und große Reformen. Wir sorgen dafür, dass Berlin wieder funktioniert und gleichzeitig so offen und frei bleibt, wie wir es lieben.

Wir investieren in die Stadt und ihre Menschen

Um unsere Stadt zu sanieren, haben wir das Jahrzehnt der Investitionen eingeläutet. 5,5 Milliarden für den Neubau und die Sanierung von Schulen, 28 Milliarden für den Ausbau von Bus, Bahn und Tram, 200.000 Millionen für Radwege und jährlich 8,5 Millionen für die Sauberkeit unserer Straßen und Parks. Das ist nur eine kleine Auswahl der Investitionen in die Infrastruktur unserer Stadt.

Damit das Geld auch ausgegeben werden kann, haben wir die Ausbildungszahlen und Neueinstellungen im öffentlichen Dienst massiv gesteigert und Einstellungsverfahren beschleunigt. Ein Beispiel: Vor 2016 gab es für den Ausbau der Radinfrastruktur in Berlin zwei Stellen. Zwei für ganz Berlin! Wir haben sie auf 80 erhöht.

Mit dem günstigeren Sozialticket und dem kostenlosen Schüler*innen-



Antje Kapek auf der ersten Protected Bike Lane in Berlin

Foto: Privat

ticket haben wir die Berliner*innen direkt entlastet. Personen ohne Krankenversicherung werden seit dem letzten Jahr durch eine Clearingstelle und einen anonymen Behandlungsschein besser medizinisch versorgt. Die Kältehilfe wurde auf 1.200 Plätze ausgebaut. Für einkommensschwache Haushalte haben wir die Mietzuschüsse erhöht. Grundschnullehrkräfte und Fachkräfte in Kitas werden besser bezahlt. Die Beratungsinfrastruktur für pflegende Angehörige und Alleinerziehende wurde ausgebaut. Denn es ist nicht nur wichtig, dass investiert wird, sondern vor allem, dass das Geld bei den Menschen ankommt.

All das haben wir bereits geschafft. Trotzdem sind viele Veränderungen

noch nicht spürbar und einigen geht es zu langsam voran. Das ist sehr verständlich. Bis man sicher und bequem durch ganz Berlin radeln kann, überall bezahlbaren Wohnraum findet und genug Grünflächen hat, um sich zu entspannen, wird es noch eine Weile dauern. Aber wir kämpfen für genau diese Vision!

Veränderungen brauchen Zeit, aber es geht voran

Große Veränderungen, wie die Verkehrswende, brauchen Zeit. Berlin wurde zu lange für das Auto geplant, obwohl die meisten schon auf Bus, Bahn und Rad umgestiegen waren.

Diesen Rückstand holt man nicht in zwei Jahren auf. Aber mit dem bundesweit ersten Mobilitätsgesetz haben wir einen Plan für moderne Mobilität vorgelegt und damit begonnen ihn umzusetzen. Beispiele sind der erste geschützte Radstreifen, tausende Fahrradbügel, der Umbau gefährlicher Kreuzungen und ein eigener S-Bahn-Fahrzeugpool. Wir werden dafür sorgen, dass die Verkehrswende in Berlin kommt.

Auch bei der Lösung der Mietkrise haben viele das Gefühl, es geht nicht voran. Kein Wunder, wenn täglich Menschen um den Verlust ihrer Wohnung fürchten oder keinen bezahlbaren Wohnraum finden. Aber mit dem Dreiklang aus 'Bauen, An-

kaufen, Mietrecht nutzen' kommen wir voran. Wir haben 6.500 neue Sozialwohnungen geschaffen, den Bestand an landeseigenen Wohnungen um über 7.000 erhöht, das Zweckentfremdungsverbot verschärft und jedes neue Milieuschutzgebiet ist ein Etappensieg. Der Ausverkauf der Stadt wurde zu lange zugelassen. Im Ergebnis stehen wir im Mietrecht heute mit dem Rücken an der Wand. Deshalb brauchen wir ein Instrumentenpaket, um einen kreativen Weg aus der Mietkrise zu finden. So holen wir uns die Stadt zurück.

Alles eine Frage der Haltung

Politik ist eine Frage der Haltung. Wir stehen als Koalition geschlossen gegen Rechts und für gleiche Rechte und Teilhabe aller. Wir kämpfen für eine solidarische und friedliche Zukunft. Deshalb haben wir eine Antisemitismusbeauftragte eingesetzt, fördern Projekte gegen Rassismus und stärken die Infrastruktur für Frauen in unserer Stadt. Wir haben sogar den 8. März zum Feiertag gemacht und damit dem Frauenkampftag noch mehr politische Sprengkraft gegeben. Als nächstes Projekt steht das Paritätsgesetz an.

Rot-Rot-Grün hat den Mut auch radikale Lösungen zu denken und große Baustellen anzugehen. In der ersten Halbzeit haben wir schon viel erreicht und das war erst der Anfang. Gute Aussichten für Berlin!

■ Antje Kapek,
Mitglied des Abgeordnetenhauses,
Fraktionsvorsitzende

Halbzeitbilanz für den Naturschutz

In diesem Jahr geht die R2G Koalition in ihr drittes Jahr. An dieser Stelle möchte ich für den Bereich, für den ich in der grünen Fraktion zuständig bin, eine Halbzeitbilanz ziehen. Für den Naturschutz haben wir viele ambitionierte Vorhaben im Koalitionsvertrag verankert. Nach Dekaden des Stillstandes in diesem Bereich galt und gilt es, die mit tiefgrüner Tinte geschriebenen Projekte umzusetzen. Ein wichtiger Erfolg war es, die geplanten Projekte mit entsprechenden Haushaltsmitteln zu unterlegen. Mit einem Aufwuchs der Mittel um 174 % für das Haushaltsjahr 2019 (im Vergleich zu 2017), ist dies gelungen. Nun aber konkreter zu den einzelnen Projekten:

Bienen und Bestäuber

Mir liegt der Schutz von Bienen und anderen Bestäubern sehr am Herzen – als ich vor fünf Jahren hierzu das erste mal einen Antrag im Abgeordnetenhaus einbrachte, wurde ich dafür noch ausgelacht. In dieser Legislaturperiode wurde ein fast gleichlautender Antrag mit den Stimmen aller (!) Fraktionen beschlossen und die Senatsverwaltungen für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz sowie Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung sind nun damit befasst, diesen Antrag umzusetzen und endlich eine Strategie zum Schutz und zur Förderung von Bienen und anderen Bestäubern zu entwickeln. In diesem Bereich gibt es noch viel zu tun, insbesondere auf der Bundesebene.

Kleingartenentwicklungsplan

Ein ebenfalls sehr wichtiges Vorhaben im Bereich des Naturschutzes konnten wir bereits umsetzen: Der Kleingartenentwicklungsplan wurde fortgeschrieben und 160 der auf den öffentlichen Flächen stehenden Kleingartenanlagen wurden bis 2030 gesichert. Dies ist wichtig, weil sie ökologisch und sozial wertvolle grüne Oasen der Stadt sind. Es ist aber auch klar, dass sich die Kleingärten stärker in ihre Nachbarschaft und Kieze

öffnen müssen. Öffentliche Flächen in einer wachsenden Stadt sind ein wertvolles Gut und solche Flächen müssen möglichst vielen Menschen zur Verfügung stehen. Mein Ziel: mehr Kleingärten gemeinschaftlich nutzen! Grün im Grau ist auch immer eine soziale Frage – dort wo es wenig Grünanlagen gibt und kaum Bäume, sondern viel Beton und Asphalt sind die Mieten meist noch ein wenig niedriger als in grüneren Ecken von Berlin. Wir setzen daher einen Schwerpunkt, die grüne Infrastruktur zu erhalten und sie auch auszubauen.

Straßenbäume

Hierbei sind mir sehr wichtig: Zum einen investieren wir deutlich mehr Geld für die Straßenbäume und für den Baumbestand Berlins. Wir investieren in 2018 und 2019 insgesamt 8 Millionen Euro für Neuanpflanzungen sowie für die Pflege und besseren Schutz alter Baumbestände. Unser Ziel: für jeden Baum, der gefällt wird, wird mindestens ein neuer gepflanzt. Wir wollen die sogenannte grüne Null erreichen. Auch im Rahmen des Nachtragshaushaltes wurden für Bäume 2 Millionen Euro und für die Sanierung der Grünanlagen 12 Millionen Euro den Bezirken zur Verfügung gestellt. Ein wichtiger Grüner Erfolg im Nachtragshaushalt war das Projekt, Parkmanager*innen und Naturranger*innen in den Bezirken für StadtGrün und Naturschutz zu bekommen. Unser Bezirk war diesbezüglich Vorreiter mit dem Einsetzen eines Parkmanagers im Görlitzer Park. Volkspark Friedrichshain und Victoria Park sollten auch Arbeitsplätze für Parkmanager*innen werden.

StadtGrün - Pestizidfrei

Zum anderen entwickeln wir mit der Stadtgesellschaft eine Charta StadtGrün für Berlin: anlehnend an den Dauerwaldvertrag (1915 wurde festgelegt, dass rund 10.000 Hektar Wald um Berlin nicht bebaut werden dürfen) wollen wir festlegen, dass bestimmte Grünflä-

chen nicht bebaut werden dürfen und insgesamt das StadtGrün Berlins besser gepflegt und geschützt wird. Bei einem weiteren Projekt kommen wir voran. Wir machen Berlin pestizidfrei! Chemisch-synthetische Pflanzenschutzmittel sorgen dafür, dass unsere Straßen vermeintlich „ordentlich“ aussehen, Sie sind eine Gefahr für Pflanzen und Tiere. Ein Beispiel hierfür ist das häufig eingesetzte und mittlerweile gut bekannte Herbizid Glyphosat. In Deutschland verzichten bereits über 210 Kommunen auf chemisch-synthetische Pflanzenschutzmittel. Diesen Beispielen wird Berlin folgen. Dabei machte die BSR den ersten Schritt in 2017. Sie verzichtet gänzlich auf Glyphosat.

Grün geht's weiter

Weitere Projekte im Bereich Naturschutz, bei denen wir uns auch in der Umsetzungsphase befinden, wollen wir hier kurz erwähnen: Wir werden die Strategie für biologische Vielfalt umsetzen. Berlin bekommt bei der SenUVK eine zuständige Stelle für Urban Gardening. Wir investieren 1,75 Millionen Euro im Jahr 2019, um die Umwelt- und Naturbildungseinrichtungen in den Bezirken zu stärken. Möglichst viele Kinder in der Stadt sollen die Möglichkeit haben, Natur und Umwelt zu erfahren und sie kennenzulernen. Die Stiftung Naturschutz Berlin und die unzähligen zivilgesellschaftlichen Akteur*innen werden finanziell gestärkt... Eines meiner zentralen Anliegen ist, die in den letzten zwei Dekaden kaputt gesparten Bezirke im Grünflächen-, Umwelt- und Naturschutzbereich zu stärken, so dass sie ihre Aufgaben wie Neupflanzungen und Pflege der Bäume und den Erhalt sowie die naturnahe Pflege des Grüns erfüllen können. In den vergangenen Monaten konnten wir Grünen in der Regierungsarbeit auch im Naturschutzbereich viele grüne Ideen durch- und umsetzen. Grün geht's weiter!

■ Turgut Altug,
Mitglied des Abgeordnetenhauses,

Freiraum an der Spree

Die geplante Bebauung des ehemaligen Zapfgrundstückes und der ehemaligen Heeresbäckerei und der Erhalt des freien Zugangs zur Spree bleiben Thema.

Das Spreeufer liegt nicht nur geographisch im Zentrum unseres Bezirks, es ist aufgrund seiner Geschichte auch immer wieder Zentrum der Bezirkspolitik. Auf Friedrichshainer Seite des Spreeufers hat sich der ehemalige Bezirksbürgermeister Franz Schulz gegen viele Widerstände für einen Park eingesetzt und der ehemalige Baustadtrat Hans Panhoff engagierte sich für einen denkmalgerechten Umgang mit der East Side Gallery. Doch aufgrund bestehenden Baurechts entstanden mit Living Levels und entstehen mit dem geplanten Pier 61/63 Bausünden für eine zahlungskräftige Klientel, die aus einer längst vergangenen Zeit der Stadtplanung stammen. Nun ist die Kreuzberger Seite mit einigen Zeugnissen der industriellen und gewerblichen Geschichte unseres Bezirks in den Fokus der Bezirkspolitik geraten.

Nachdem sich die Bürger*innen 2008 mit überwältigender Mehrheit in einem Bürgerentscheid für einen freien Uferstreifen ausgesprochen haben, wurden unter Leitung unseres ehemaligen Bezirksbürgermeisters Franz Schulz mit den Beteiligten Leitlinien erarbeitet, die eine möglichst umfassende Umsetzung des Bürgerentscheids ermöglichen sollen; gegen den erklärten Willen der damals SPD-geführten Senatsverwaltung für Stadtentwicklung. 11 Jahre nach dem Bürgerentscheid ist die Bezirkspolitik wieder am Zug, um sich bei den drei Grundstücken neben der Brommystraße für einen möglichst breiten öffentlichen Uferzugang einzusetzen: das ehemalige Zapf-Grundstück (Köpenicker Straße 13-14), das Grundstück der Tengelmann-Tochtergesellschaft Trei Real Estate (Köpenicker Straße 11-12) und das westlich der Brommystraße gelegene Grundstück der ehemaligen Heeresbäckerei (Köpenicker Straße 16-17).

Die Planungen für die beiden Grundstücke östlich der Brommy-

straße sind fortgeschritten und sehen Wohnbebauung und eine Kita vor. Die zuständige Umweltstadträtin, Clara Herrmann, hat sich im Planungsprozess sehr für die Belange der Uferflora und -fauna eingesetzt, da es sich bei dem Gebiet um eines der letzten Spreegrundstücke mit natürlichem Spreezugang handelt. So sehen die Planungen auch eine Uferschutzzone für Biber vor. Darüber hinaus war es den Grünen ein besonderes Anliegen, den Uferstreifen öffentlich zugänglich zu machen. Anstatt Luxusapartments mit Spreeblick soll eine ausgewogene Mischung mit einem hohen Anteil von bezahlbaren Wohnungen und ein öffentlicher Spreezugang für alle Kiezbewohner*innen entstehen. Daher sind die Grünen auch den Ideen eines privatisierten Spreeufers vehement entgegengetreten. Die Bezirksverordnetenversammlung spricht sich darüber hinaus für einen 30 Meter freien Uferbereich aus, der als Gemeinschaftsfläche auszuweisen ist. Bei der Umsetzung in den Verhandlungen mit den Eigentümern gibt es bereits einige Fortschritte, aber weitere Verhandlungen stehen noch aus.

Das Gelände der ehemaligen Heeresbäckerei lässt noch viel Platz für neue Ideen. So entwickeln die Grünen mit anderen Parteien eine gemeinsame Strategie, um hier mit einer breiten Unterstützung der Zivilgesellschaft und der Bezirksverordnetenversammlung einen großen Freibereich zu schaffen, der Aufenthaltsqualität aufweist und einen öffentlichen Raum am künftigen Brommysteg schafft. Hier steckt der Prozess noch in den Kinderschuhen und die Ideen nehmen erst langsam Gestalt an.

■ Thomas Weigelt,
Bezirksverordneter

Diskussionszone Tiny House

Wie ist öffentlicher Raum zu nutzen und wer darf diesen vereinnahmen? Eine Fragestellung im Sinne aller Teilnehmer*innen des öffentlichen Lebens. Und das Projekt dazu.

Im Februar haben wir vor unserem Wahlkreisbüro in der Wrangelstraße ein Tiny House aufgestellt. Das ist ein Holzhaus, mobil auf einem Anhänger montiert, mit Kfz-Kennzeichen und StVO-gerecht. Mit Hilfe eines Transporters zogen wir dieses in die Parkbucht vor unser Büro, wo wir es zwischen den zahlreichen, eng geparkten Autos aufbauten. Schon währenddessen wurde uns bewusst, wie viel Aufmerksamkeit und Aufregung das Bauwerk auf Rädern erzeugt. Passant*innen blieben stehen, schauten, wunderten sich und fragten. Rein optisch fügte sich das Haus harmonisch ins vom alternativen Lebensstil dominierte Straßenbild Kreuzbergs ein. Wir schmückten es mit bunten Wimpeln und gestalteten es mit Flyern in eine Informationszentrale, ähnlich einer Litfaßsäule im Kiez um. In unserer Vorstellung sollte das Tiny House zu einer Bereicherung für Anwohner*innen und Besucher*innen der Wrangelstraße werden. So entwarfen wir ein Gesprächsangebot, für welches das Tiny House die Anlaufstelle darstellen sollte.



Marianne Burkert-Eulitz, Wahlkreisabgeordnete vor dem Tiny House

Foto: Privat

Wintertage im Tiny House

Vier Wochen lang verknüpften wir es mit politischen Angeboten zu aktuellen gesellschaftlichen Themen. Wir boten Sprechstunden mit Bürgermeisterin Monika Herrmann, Senator Dr. Dirk Behrendt, der Abgeordneten Canan Bayram und dem Stadtrat Florian Schmidt an. Schüler*innen debattierten mit unserem kulturpolitischen Sprecher Daniel Wesener über die Verteidigung der Freiheit von Kunst und Kultur. Im Rahmen der Frauenkampfwache bat Fraktionschefin Antje Kapek zum feministischen Gespräch. Europa-Listenkandidatin Hannah Neumann lud zur Europa-Sprechstunde ein. Und Katrin Schmidberger bot zusammen mit Anwalt Heinz Paul Mietrechtsberatung und Dialoge über Berliner Mietpolitik an. Die Türen des Tiny Houses und

unseres Büros standen im Februar im wörtlichen Sinne weit offen und es fanden viele Gespräche statt.

Autofreier Wrangelkiez

Begleitet und unterstützt wurde das Programm von der Initiative „Autofreier Wrangelkiez“. Sie gab damit Anwohner*innen die Gelegenheit, sich über ihr Konzept zur Verkehrsentlastung des Kiezes zu informieren und Fragen zu stellen: Was bewegt die Menschen durch den Kiez? Was sorgt sie dabei? Was wünschen sie sich? Eine Veränderung in der Nutzung des öffentlichen Raumes im belebten Wrangelkiez ist nötig, darüber sind sich die meisten einig. Aber welcher Gestalt diese Veränderung sein soll,

dazu herrscht noch Erörterungsbedarf. Diesem wurde in den Stunden am Tiny House Raum und Zeit gegeben. Am 28. Februar übergab Verkehrssenatorin Regine Günther vor der Kulisse des Tiny Houses der Initiative die Finanzierungszusage für die Machbarkeitsstudie zu ihrem Konzept. Im Gegenzug bekam sie eine Liste mit 666 Unterschriften von Unterstützer*innen.

Gespaltene Reaktionen

Immer wieder zeigten sich die Menschen dankbar für die Abwechslung, die das Projekt im Kiez mit sich brachte, für die Möglichkeit mit politischen Akteur*innen ins Gespräch zu kommen. Die Stimmung während

der Aktionen war locker und lebendig. Bei Tee und Gebäck konnten Meinungen ausgetauscht werden und Menschen zueinander finden, doch leider wurden nicht nur positive Reaktionen generiert. Wiederholt wurde das House über Nacht mit aggressiven Sprüchen beschmiert. Unsere beschwichtigenden Angebote an die Kritiker*innen, mit uns in unseren Sprechzeiten zu diskutieren, wurden nicht angenommen. Stattdessen wurden Aushänge am Tiny House nachts immer wieder abgerissen, teilweise auch angezündet und das House mit Graffiti sinn- und kunstfrei beschmiert. Vandalismus oder politisches State-

ment? Leider eher ersteres – denn tiefere konstruktive Aussagen konnten wir darin nicht finden.

„Wenn Euch Kreuzberg, so wie es ist, nicht gefällt, dann geht doch woanders hin!“

Kritik erhielten wir auch einige Male mit dem Argument, dass das Tiny House in dem engen Kiez begehrte Parkplätze besetzt und diese damit der Öffentlichkeit entwendet. Nur Parkplätze, die für private PKWs zur Verfügung stehen, seien „richtig genutzter“ öffentlicher Raum. Unser Argument, dass wir das Tiny House eben für die Öffentlichkeit aufgestellt haben, als Treff- und Kommunikationsort für alle, traf bei diesen Kritiker*innen auf taube Ohren. Zu sehr wird öffentlicher Raum noch als Raum ausschließlich nur für Fahrzeuge gleichgesetzt. Weitere Kritik lautete etwa: „Bitte zieht ins Besserverdiener-Viertel Prenzlauer-Berg oder gleich dahin, wo ihr herkommt, nach Posemuckel.“, „Tiny Houses für Spekulanten“ und „Zynische Wohnungspolitik“.

Dass unser Angebot Erörterungen genau zu den Themen Gentrifizierung, Spekulantentum und die Etablierung von Besserverdiener-Viertel mit sich brachte, haben unsere Kritiker*innen nicht verstanden oder nicht verstehen wollen. Auch nicht, dass Mietrechtsberatungen nicht Symptome einer zynischen Wohnungspolitik sind. Oder die Kritiker*innen haben unsere Aushänge vor dem Abreißen gar nicht erst gelesen. Schade, vielleicht hätten auch sie dem Tiny House eine Bereicherung abgewinnen können.

■ Marianne Burkert-Eulitz, Mitglied des Abgeordnetenhauses,

Nicht der Mensch muss ins Hilfesystem passen, sondern das Hilfesystem zum Menschen

Es vergeht kaum ein Tag, an dem wir Berliner*innen nicht obdachlosen Menschen begegnen. Die steigende Wohnungslosigkeit stellt eine der größten sozialen Herausforderungen in Berlin dar.

Gründe dafür sind Armut trotz Arbeit, eine verfestigte Erwerbslosigkeit und die Benachteiligung insbesondere von Alleinerziehenden und Menschen mit Migrationshintergrund. Durch den zunehmend angespannten Wohnungsmarkt und der Spekulation der Immobilienlobby verschärft sich die Situation weiter mit der Folge, dass immer mehr Menschen in die Wohnungs- und Obdachlosigkeit geraten. Nicht nur die obdachlosen Menschen selbst, sondern auch die Menschen, die in Einrichtungen für Obdachlose arbeiten, wünschen sich hier strukturelle Änderungen. Der Artikel „Frauen und Obdachlosigkeit“ der letzten Ausgabe des Stachels über die Frauennotübernachtung „Am Wassertor“ hat dies deutlich gezeigt.

Das Ziel der rot-rot-grünen Koalition muss daher sein, uns nicht von einer Übergangslösung zur nächsten zu hangeln, sondern das Hilfesystem nachhaltig auszubauen. Die Angebote der Wohnungslosenhilfe müssen stärker an den Bedürfnissen der Menschen ohne Obdach ausgerichtet werden! Die Grünen in Mitte schlagen vor, Obdachlose zu befragen. Sie

wollen verstehen, warum einige von ihnen die Angebote der Wohnungslosenhilfe ablehnen. Ich unterstütze dies, denn mit den Befragungsergebnissen könnten wir Hilfen zielgerichteter gestalten. Eine entsprechende jährliche Befragung wäre für Berlin sinnvoll, um auch spezifische Bedürfnisse erkennen und stillen zu können.

„Der Bus, in den du aussteigst“

Einige Notwendigkeiten sind uns schon lange bekannt und hier gilt es, jetzt zu handeln: Es braucht Modellprojekte zur Unterbringung von rollstuhlfahrenden, pflegebedürftigen, psychisch- und suchtkranken Menschen. Insbesondere die Kältehilfe ist keine geeignete Unterbringungsform für diese Menschen. Daher benötigen wir dringend adäquate Angebote nach dem Grundsatz: Nicht der Mensch muss ins Hilfesystem passen, sondern das Hilfesystem zum Menschen! Wir brauchen ein Hospiz, damit Menschen nicht auf der Straße sterben, ein inklusives Gesundheits-

system, das Obdachlose nicht ohne Gesundheitsversorgung lässt und ein „Haus der Hilfe“ mit Angeboten, die Betroffenen bei der Überwindung ihrer prekären Lebenssituation unterstützen. Am 3. Mai startet am Mariannenplatz mit der Karuna SUB-Buslinie „Der Bus, in den du aussteigst“ ein berlinweites Modellvorhaben, das die Karuna Sozialgenossenschaft auf die Straße bringt. Mit diesem mobilen Angebot werden Obdachlose dort abgeholt, wo sie sich aufhalten, und bekommen Beratung und Hilfe.

Im November 2018 haben wir Grünen einen einen 11-Punkte-Plan mit kurzfristigen Maßnahmen gegen die Wohnungslosigkeit in Berlin verabschiedet, der den Handlungsbedarf bei diesem und weiteren Schwerpunkten aufzeigt. Das gesamte Beschlusspapier lässt sich auf der Homepage der Grünen Fraktion nachlesen. Jetzt gilt es, an der Umsetzung dieser Punkte zu arbeiten!

■ Fatoş Topaç, Mitglied des Abgeordnetenhauses,

Bei Fragen, Anregungen oder Kritik: Meldet euch bei uns. Denn gemeinsam sind wir besser.

www.gruene-xhain.de

Grünes Büro
Dresdener Straße 10 – 10999 Berlin
info@gruene-xhain.de
www.gruene-xhain.de
Fon: 614 3146 – Fax: 614 3142
Kreisgeschäftsführerin: Marion Holzapfel
Bürozeiten:
Di 15-18, Do 12-15 Uhr

Geschäftsführender Ausschuss
Aida Baghernejad, Nikolas Becker, Anne Burckhardt-Schön, Vasili Franco, Karl-Heinz Garcia Bergt, Johanna Haffner, Silvia Rothmund, Joana Zühlke

Treffen der Bezirksgruppe
Die grüne Basis trifft sich jeden 2. und 4. Dienstag im Monat um 19 Uhr in der Falckensteinstraße 6, 10997 Berlin.

Fraktion im Bezirksparlament
Yorckstraße 4-11 – 10965
fraktion-xhain@gruene-berlin.de
www.gruene-xhain.de/bvv_fraktion
Fon: 90 298-2590 – Fax: -2930
Fraktionsassistentin: Britta Byszio
Bürozeiten:
Mo + Di 13-17, Mi 14-18, Do 10-14 Uhr

Fraktionsvorstand:
Annika Gerold, Sarah Jeremias, Claudia Schulte, Julian Schwarze, Pascal Striebel

Büro Grüne Jugend Berlin
Dirschauer Straße 13 – 10245 Berlin
info@gruene-jugend-berlin.de
www.gruene-jugend-berlin.de
Fon: 66 76 30 00 – Fax: 29 35 08 75
Treffen: Mo 19 Uhr

BÜNDNIS 90



DIE GRÜNEN
Friedrichshain-Kreuzberg

Unsere Mitglieder des Berliner Abgeordnetenhauses
Niederkirchnerstraße 5 – 10111 Berlin
E-Mail: Vorname.Nachname@gruene-fraktion-berlin.de
Fon: 2325 2401 – Fax: 2325 2409
Turgut Altug, direkt gewählt |
Fon: 2325 2430
Marianne Burkert-Eulitz, direkt gewählt |
Fon: 2325 2461
Antje Kapek | Fon: 2325 2401
Katrin Schmidberger, direkt gewählt |
Fon: 2325 2474
Dr. Stefan Taschner | Fon: 2325 2446
Fatoş Topaç | Fon: 2325 2427
Daniel Wesener | Fon: 2325 2421

Wahlkreisbüros
Marianne Burkert-Eulitz, Antje Kapek und Daniel Wesener | Dein grünes Büro
Wrangelstraße 92 - 10997 Berlin
Mo und Di 10-14, Do 15-18 Uhr
Fon: 5210 1794

Dr. Turgut Altug, Katrin Schmidberger und Dr. Stefan Taschner
Großbeerenstraße 16 - 10963 Berlin
Di 9-15, Mi 11-17 und Do 13-19 Uhr
Fon: 2362 9300

Unsere Vertretung im Bundestag
Canan Bayram
Direkt gewählt im Wahlkreis Friedrichshain-Kreuzberg-Prenzlauerberg Ost
www.bayram-gruene.de
Parlamentsbüro:
Platz der Republik 1 – 11011 Berlin
canan.bayram@bundestag.de
Fon: 2277 8144 – Fax: 2277 0143
Wahlkreisbüro:
canan.bayram@wk.bundestag.de
Kreuzberg:
Dresdener Straße 10 – 10999 Berlin
Fon: 6165 6961
Friedrichshain:
Schreinerstraße 6 – 10247 Berlin
Fon: 46 79 35 30

Auslobung des Silvio-Meier-Preises 2019

Die Vorfälle nicht nur in Neuköln, die zunehmende Bedrohung von Menschen, die sich gegen rechten Populismus und Neonazismus wehren, die sich gegen Diskriminierung und für Diversität engagieren, die sich gegen die Ausgrenzung von Menschen einsetzen, die zu „anderen“ oder „fremden“ gemacht werden, zeigen, wie wichtig ein Preis wie der Silvio-Meier-Preis gerade heute ist.

Am 21. November 1992 wurde im U-Bahnhof Samariterstraße in Friedrichshain der damals 27-jährige Silvio Meier von jugendlichen Neonazis erstochen. Die Polizei sprach von einem Streit zwischen Jugendgruppen. Ein politischer Hintergrund wurde geleugnet. Silvio Meier wurde so nicht nur zu einem Opfer rechter Gewalt, sondern darüber hinaus zu einem Symbol für den Kampf gegen Rechts, gegen die Ignoranz, Leugnung und fehlende Anerkennung der Gefahr rechter Gewalt durch den Staat und seine Repräsentant*innen. Doch nicht nur sein gewaltsamer Tod, sondern mehr noch sein Leben und politisches Wirken, das mutige Eintreten gegen jede Form von Dogmatismus, Entmündigung, Zwangsherrschaft und

soziale Exklusion machen Silvio Meier zu einem herausragenden Beispiel zivilgesellschaftlichen Engagements. Er war unter anderem in der Friedens- und Menschenrechtsbewegung der DDR aktiv, gehörte zu den Mitbegründern der „Kirche von unten“, organisierte Konzerte verbotener Bands, war aktiv an der Vorbereitung der legendären Frühlingssfeste der Berliner Punks beteiligt und gehörte auch nach der Wende zur frühen Antifa- und Hausbesetzer*innenszene in Friedrichshain.

Mit der Verleihung des Silvio-Meier-Preises bezieht der Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg klare Position gegen Rechtsextremismus, Rassismus, Ausgrenzung, Diskriminierung und will aktives, gewaltfreies Eintreten für Freiheit,

politische und kulturelle Emanzipation unabhängig von Herkunft, Religion, sozialer Stellung oder sexueller Identität ermutigen und entsprechendes Handeln unterstützen und ehren.

Die öffentliche Ehrung erfolgt in diesem Jahr erstmals im Juni, und zwar am 20.6. im Jugend[widerstands]museum. Damit wird an den von Silvio Meier und der Friedens-, Umwelt- und Menschenrechtsbewegung organisierten Kirchentag von Unten in Ostberlin im Juni 1987 erinnert. Dieser war für Silvio Meier und die Friedens-, Umwelt- und Menschenrechtsbewegung in der DDR einer der größten politischen Erfolge. Bisher fand die Verleihung in zeitlicher Nähe des Todestages Silvio Meiers, dem 21. November, statt. Doch insbesondere

Angehörige, Freunde, sowie die in der Jury vertretenen Initiativen waren der Meinung, dass nicht Silvios gewaltsamer Tod, sondern sein Engagement, seine Kreativität, sein Mut und sein Umgang mit politischen Missständen als Basis für die Preisverleihung erkennbar sein sollen.

Voraussetzungen für die Bewerbung

Der Silvio-Meier-Preis ehrt Einzelpersonen, Gruppen, Initiativen oder Projekte, die sich im Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg aktiv gegen soziale Bevormundung, Entmündigung, Diskriminierung, soziale und kulturelle Ausgrenzung einsetzen oder ein-

gesetzt haben. Außerdem werden herausragende Handlungen oder das Zeigen von Zivilcourage gegenüber rechtsextremistisch und rassistisch motivierter Gewalt oder Aktionen geehrt werden. Einzelpersonen, Gruppen, Initiativen oder Projekte, die eine oder mehrere dieser Voraussetzungen erfüllen, können sich entweder selbst bewerben oder vorgeschlagen werden. Bewerbungen und Vorschläge können bis zum 19. Mai 2019 in Form einer schriftliche Projektbeschreibung und Begründung für die Bewerbung bzw. den Vorschlag an die folgende Adresse geschickt werden: silvio-meier-preis@ba-fk.berlin.de.

■ Werner Heck,
Bezirksverordneter

Silvio-Meier-Preis 2018

Am 21.11.2018, dem Todestag Silvio Meiers, wurden im Jugend[widerstands]museum Raul Aguayo-Krauthausen und der Verein Initiative Togo Action Plus e.V. für ihr Engagement gegen Rechtsextremismus, Rassismus, Ausgrenzung und Diskriminierung mit dem Silvio-Meier-Preis 2018 geehrt.

Die Initiative Togo Action Plus e.V. wurde 2004 gegründet und hat ihren Sitz in Friedrichshain. Der Verein engagiert sich als Flüchtlingsinitiative und unterstützt politisch, rassistisch und religiös verfolgte, Geflüchtete und Vertriebene und hat seine Wurzeln im migrantisch-selbstorganisierten Aktivismus gegen Rassismus in Deutschland. Seit 2012 bietet der Verein Deutschkurse in seinen Räumlichkeiten an, die mit Hilfe von Spenden und der Arbeit von Ehrenamtlichen umgesetzt werden. Neben den Sprachkursen werden Infoveranstaltungen u.a. zu Asylrecht, Aufenthaltsgesetzen und der Residenzpflicht angeboten.

Matthias Vernaldi: Laudatio für Raul Krauthausen

„(...) Als du, Dirk Moldt, mich fragtest, ob ich die Laudatio zur Verleihung des Silvio-Meier-Preises an Raul Krauthausen übernehmen würde, habe ich erst einmal herumgedrückt. Das hat mit meiner kritischen Haltung zur Ikonisierung zu tun. Und trotzdem wollte ich nach ein paar Gesprächen und vor allem ernst genommenen Gefühlen auf einmal unbedingt der Laudator sein.

Vor deutlich mehr als zehn Jahren habe ich dich, Raul, kennengelernt. Da warst du schon eine Ikone. Du standest auf einmal exemplarisch für alle behinderten Menschen, weil du ein Medienstar wurdest. Was die Ikonisierung für dich mitunter bedeutet, habe ich erlebt, als wir einmal mit einem Wein und ein paar Oliven auf der Admiralsbrücke in der Sonne saßen. Eigentlich wollten wir entspannt miteinander quatschen. Aber diese Entspannung wollte nicht aufkommen. Alle paar Minuten kamen Leute mit einem infantilen Grinsen im Gesicht auf dich zugestürzt, weil sie dich erkannten. Sobald du das bemerktest, sagtest du laut und streng: „Bitte nicht anfassen! Ja nicht anfassen!“ Manche ignorierten das und du musstest mit dem Rollstuhl rückwärts ausweichen, um ihnen zu entkommen.

Silvio kannte ich etwa vier oder fünf Jahre lang. Er tauchte 1987 oder 88 in unserer Landkommune in Hartroda auf. Ich weiß es nicht genau, weil kein Historiker daneben stand und es aufschrieb. Obwohl ... wahrscheinlich steht es in der Stasiakte. Ihr wart sehr häufig im Doppelpack unterwegs. Kurz nach der Wende habt ihr die Schreinerstraße 47 mit besetzt und seither war ich auch öfter dort.

Eines Abends meldete die Tageschau, dass bei einer Auseinandersetzung mit Rechtsradikalen ein junger Mann aus der Hausbesetzerzone erstochen worden war. Erst zwei Tage später erfuhren wir in der Landkommune in Thüringen, dass der Tote Silvio war. Ich kann mich noch sehr gut an meine Gefühle erinnern. Abgesehen von der Bestürzung und der Trauer

um diesen jungen sympathischen Mann und seine Angehörigen, habe ich nicht gedacht: „Was für ein Held!“ oder „Was für ein Märtyrer!“ Ich habe gedacht: „Scheiße! Jetzt wird es ernst. Die wollen uns wirklich tot machen.“ Ich hatte Angst um mein Leben und um das meiner Freunde.

Ende des Sommers 1992 – also ein Vierteljahr zuvor – stand ich gegen Mitternacht mit meinem Rollstuhl allein auf dem Parkplatz vor dem Germer Kino. Auf einmal war ich von fünf oder sechs jungen Männern mit Glatze und Springerstiefeln umringt. Der mir gegenüber grinste und sagte: „Na?“ Dann brüllten alle: „Euthanasie!“ Ich schrie (sofern man das mit meinem schwachen Stimmchen schreien nennen kann): „Fresse, ihr Scheißnazis!“ Sie zogen grinsend ab. Für sie ein gelungener Spaß.

Für mich zieht sich von hier eine direkte Linie zur Verleihung des Silvio-Meier-Preises an dich, Raul. Erst in den letzten 20 Jahren hat sich allmählich die Erkenntnis in der Breite durchgesetzt, dass kranke und behinderte Menschen zu den Opfergruppen des Nationalsozialismus gehörten. (...) Man scheute sich, das als Verbrechen zu werten. Die meisten fanden es ja irgendwie richtig – eine Art Gnade. Und auch heute wird das Ganze noch, nun demokratisch und selbstbestimmt, durchdekliniert. Sagte der Führer noch: „Du bist Scheiße, dich mache ich tot!“, machen wir heute einen Vertrag, in welchem steht: „Sollte ich jemals so Scheiße sein, dann macht mich bitte tot!“ In dieser Haltung kommt die ganze Angst und die ganze Abwehr unsere Kultur bezüglich Krankheit und Behinderung zum Ausdruck. Sie kommt zu wesentlichen Teilen daher, dass Kranke und Behinderte seit etwa 150 Jahren in Heimen, Anstalten und Einrichtungen isoliert und ihrer Rechte beraubt wurden und werden. Hilfsbedürftigkeit bedeutete Rechtlosigkeit. Das hat sich dann im Nationalsozialismus in aller Konsequenz umgesetzt. Hier wurde endgültig klar, dass die Wohltäter sehr wohl Täter sind. Die Wohlfahrt machte sich auf breiter Linie zum Kollaborateur der Mörder. Das alles lief so reibungslos, weil die Opfer sowieso schon interniert waren. Es waren keine Angehörige, Freunde,

Der Kreuzberger Raul Aguayo-Krauthausen (geboren 1980) ist Aktivist für Inklusion und Barrierefreiheit. Er ist Gründer und Vertreter des gemeinnützigen Vereins SOZIALHELDEN und schafft es, Menschen für gesellschaftliche Probleme zu sensibilisieren und zum Umdenken zu bewegen. So verstehen sich auch die SOZIALHELDEN als Denkfabrik für soziale Projekte, z.B. Leidmedien, Wheelmap, TravelAble, BrokenLifts und Wheelramp. Raul Aguayo-Krauthausen ist darüber hinaus Autor, Blogger, Ashoka Fellow und moderiert seine eigene Talksendung.

Die Laudatio für die Initiative Togo Action Plus e.V. hielt Gökhan Akgün (DGB-Kreisvorsitzender Friedrichshain-Kreuzberg). Und Matthias Vernaldi für Raul Aguayo-Krauthausen. Diese präsentieren wir Ihnen nun in leicht gekürzter Form:



Raul Krauthausen (links) und Matthias Vernaldi bei der Silvio-Meier-Preisverleihung 2018

Foto: Werner Heck

Nachbarn, Kollegen oder Vereinsmitglieder. Sie lebten in einer Sonderwelt. Ihr Verschwinden wurde er verwaltungstechnisch gesehen, aber keiner vermisste sie konkret.

Letzte Woche habe ich dich, Raul, in der ARD im Kulturmagazin „Titel, Thesen, Temperamente“ gesehen. Da wurde ein Comic vorgestellt, der die Perspektive eines jungen Mannes mit Lernschwierigkeiten einnimmt, der in ein „Behindertendorf“ in Norddeutschland kommt. Eine ungewöhnliche Grafic Novelle. Alle waren hingerissen davon. Dann kamst du und hast ihnen die Idylle zerschlagen. Ich hätte dich knutschen können! Du hast gesagt, dass Einrichtungen nicht dazu geeignet sind, Inklusion zu schaffen. Schließlich excludieren sie ja, schaffen Sonderwelten. Vor allen hast du gesagt, dass es auch anders geht. Vor noch nicht allzu langer Zeit bist du sogar undercover ins Heim gegangen, um zu zeigen,

welche Herabwürdigung und Zumutung in einem solchen Leben besteht.

Seitdem es dich als Medienphänomen gibt, höre ich immer mal wieder Leute sagen: „Mensch, der Krauthausen, der hat mehrere Start-up-Sachen am Start, der macht Talkshows und hat sogar eine eigene und redet sogar über Sexualität und Behinderung.“ Und ich entgegne dann manchmal: „Es gibt doch viele Leute, die so drauf sind.“ Und dann höre ich: „Aber der ist doch behindert!“ Und dann begreife ich, dass die meisten denken, dass Behinderte so etwas nicht können. Die brauchen ja Hilfe. Ich habe das bisher kritisch gesehen, denn seit mindestens 30 Jahren gibt es behinderte Anwälte, Ärzte, Schauspieler, Autoren, Journalisten usw., manchmal auch extrem erfolgreiche. Jetzt habe ich aber begriffen, wie wichtig du auch als Ikone bist. Denn nur so gibt es Ansätze dafür, dass die Masse Behinderung nicht

immer nur negativ konnotiert. Es ist so simpel: Wir (damit meine ich nicht dich und mich, sondern uns als Gruppe, denen Behinderung zugeschrieben wird) sind Leute, mit denen man Projekte machen, Bier trinken und ins Bett gehen kann. Leider müssen wir das betonen, weil es für die meisten einfach undenkbar ist. Du, Raul, spielst bei der Verbreitung dieser simplen Wahrheit schon seit Jahren eine enorme Rolle. Damit trägst du zu einer vielfältigen Gesellschaft bei, die andere Normen setzt.

Diese Gesellschaft hat aber nur Bestand, wenn sie nicht auf Ikonen angewiesen ist. Vielmehr müssen Gesetze und ihre Anwendungen die Vielfalt garantieren. Den Kampf gegen das Bundesteilhabegesetz haben wir verloren. Nun müssen wir es umsetzen bzw. die Umsetzung an uns und anderen erdulden. Unsere Solidarität ist gefragt und auch unser Mut und natürlich auch unser Pragmatismus – also unsere Bereitschaft, mit dem Gesetzgeber und den Behörden zusammenzuarbeiten und das schlechte soweit zu verbessern, dass es nicht ganz so weh tut.

Ich kann gar nicht anders, als damit zu enden, dich, liebe Supercara mit dem grünen Zaubersaft; oder dann lieber doch Sie, verehrte Clara Hermann, Ihres Zeichens Stadträtin für Finanzen, und natürlich uns alle auf den hier auf der Hand liegenden Zusammenhang zwischen Preisträger und Kostenträger hinzuweisen, denn Raul Krauthausen erhält ja vom Bezirksamt nicht nur einen Preis, sondern monatlich Leistungen der persönlichen Assistenz für behinderte Menschen. Diese Form der Hilfebringung ist nicht nur für ein paar Elitekrüppel wie Raul und mich die Form, die auch schwerbehinderten Menschen die Grundlage dafür bietet, ein Leben ähnlich dem eines nichtbehinderten Menschen zu führen, so dass sie ein Teil der Vielfältigkeit werden, die uns gegen die drohende Macht derer, die Silvio Meier töteten, wappnen kann. Ganz prosaisch und realpolitisch: Das ist auch eine Kostenfrage.

Raul, ich freue mich sehr, dass du diesen Preis bekommst.“

Orte zum Teilen und Verweilen

Bibliotheken in Xhain

Mal ehrlich, woran denkst du, wenn du das Wort Bibliothek liest? Bücher, ja, klar. Filme, okay schon mal gehört. Musik, gibt's vielleicht auch... So weit, so richtig gedacht. Aber wie wäre es, wenn diese Liste noch nicht zu Ende ist? Hast du Lust, dein Bild von Bibliotheken zu erweitern? Von Kindersachenflohmarkt bis Urban Grading – das Angebot der Bibliotheken ist sehr breit. Einfach mal vorbeischaun.

Der WerkRaum ist ein Makerspace, in dem Roboter programmiert, Trickfilme gedreht und Raketenmodelle gebaut werden. Bibliotheksnutzer*innen können mit Virtual-Reality-Brillen zwischen Dinosauriern spazieren gehen oder durch das Weltall schweben. In Zusammenarbeit mit einem Bildungspartner können Schul- und Kitagruppen naturwissenschaftliche Projektstage durchführen. So werden schon die Kleinsten spielerisch für Technik und Medien begeistert. Der Raum kann auch für eigene Projekte gebucht werden.

Die Veranstaltungsreihe Kiez und Kuchen fördert den Austausch und die Vernetzung von Anwohner*innen und lokalen Initiativen. An jedem ersten Samstag im Monat stellen sich drei inhaltlich zueinander passende Projekte ab 14 Uhr in jeweils zehn Minuten vor. Im Anschluss daran ist



Pablo-Neruda-Bibliothek

Foto: Ben Kaden@flickr

dann Zeit beim Kuchenessen zum Kennenlernen und Austauschen.

Insbesondere für Jugendliche ist die neue Gaming Zone ein spannender

Spielort. Mit einem breiten Angebot an Computer- und Konsolenspielen können Kinder und Jugendliche eine Menge Spaß haben und ihre Medien-

kompetenz weiterentwickeln. Jede*r Nutzer*in kann täglich eine Stunde spielen. Eine Verlängerung ist um 30 Minuten möglich, wenn niemand

wartet. Das Spielen wird durch die Medienexpert*innen in der Bibliothek betreut.

Für die musikalischen unter euch oder die, die es noch werden wollen, stehen Digital-Piano, E-Cello, E-Violine und E-Gitarre zum Ausprobieren und Üben in einem separaten Raum der Bibliothek zur Verfügung. Neben einer Ukulele können verschiedene Percussions- und Klang-Instrumente wie Glockenspiel, Tamburin oder ein 13-teiliges Orff-Set für 28 Tage zum Spielen zu Hause oder für die musikalische Arbeit an Schulen oder in Kindergruppen mitgenommen werden.

Als Bibliothek der Dinge setzt die Bezirksbibliothek neue Standards. Als dritter Ort sind unsere Stadtteilbibliotheken Orte des Austausches, (Kennen)Lernens oder Arbeitens und das ohne Konsumzwang. Darüber hinaus schaffen sie eine neue Sharingkultur, weit über Bücher hinaus.

Ist deine Neugier geweckt? Na dann ab in die Bibliotheken, z.B. in die Bezirkszentralbibliothek: Pablo-Neruda-Bibliothek, Frankfurter Allee 14 A, 10247 Berlin, Tel: 030 902 985 750, Öffnungszeiten: Mo-Do 10-19 Uhr, Fr 10-17 Uhr, Sa 11-16 Uhr

■ Clara Herrmann,
Stadträtin für Finanzen,
Umwelt und Kultur

Bedarfsorientierte Deutschförderung

Seit 1996 werden Kinder in Berliner Schulen und Kitas in die Kategorien deutscher oder nichtdeutscher Herkunftssprache (ndH) eingeteilt. Es zeigt sich, dass diese Kategorisierung an der Realität des kindlichen Sprachlernens vorbeischrämmt.

Die ndH-Markierungen in Schulen und Kitas können schon auf Grund ihrer Pauschalität und Ungenauigkeit nicht als ein sinnvolles Instrument der Bildungsförderung gelten. Sie tragen in der Öffentlichkeit mitunter zu grotesk falschen Annahmen über die Qualität einer Schule bei und befestigen diskriminierende Praktiken.

Die Schulstufenverordnung des Senats macht es sich zu einfach: „Schülerinnen und Schüler nichtdeutscher Herkunftssprache sind ungeachtet ihrer Staatsangehörigkeit Kinder, deren Kommunikationssprache innerhalb der Familie nicht Deutsch ist.“ Weiter heißt es, dass es sich in einem solchen Fall um die „überwiegend“ in einer Familie gesprochenen Sprache handelt, auch wenn im Alltag mehrere Sprachen gesprochen werden. Welchen Einfluss die Mehrsprachigkeit in einer Familie auf das jeweilige Kind und seine Deutschkenntnisse hat, bleibt unbelichtet. Die „Herkunftssprache“ gibt darüber keine zureichende Auskunft. Auch ist es üblich, dass die für den DaZ-Unterricht (Deutsch als Zweitsprache) vorgesehenen Mittel nicht eins zu eins in den DaZ-Unterricht, sondern z.B. in Vertretungsstunden fließen.

Wir Grüne setzen uns daher bei der Senatsverwaltung für Bildung dafür ein, die ndH-Markierungen abzuschaffen und durch eine Benennung der Sprache(n) zu ersetzen, die die jeweiligen Kinder im Alltag sprechen. Darüber hinaus wird das Bezirksamt beauftragt, sich bei der Senatsverwaltung für Bildung stark zu machen, dass alle Schüler*innen unabhängig von ihrer Herkunft und ihren Fähigkeiten in Kitas und Schulen des Bedarfs entsprechend in der deutschen Sprache gefördert werden. Der Sinn einer Angabe über den Gebrauch der Sprache von Kindern bei der Einschulung kann einzig darin bestehen, festzustellen, welchen Förderbedarf ein Kind hat. Dann kann beschlossen werden, ob die Schule oder Kita dafür entsprechendes Personal und Zuweisungen erhält – unabhängig davon, ob es sich um ein deutschsprach-

chiges oder mehrsprachiges Kind handelt. Es gibt auch Schüler*innen, die ausschließlich deutsch sprechen und dennoch nicht den (impliziten) schulischen Erwartungen im Hinblick ihrer Deutschkenntnisse entsprechen. Ihr Bedarf an sprachlicher Förderung wird bisher nicht in den Blick genommen. Sprachförderung kindgerechter zu gestalten, bedeutet genauer hinzuschauen. Dazu soll die Bildungsverwaltung ein „Sprachförderkonzept Deutsch“ entwickeln und kontrollieren, ob die hierfür vorgesehenen Zuwendungen für die Schulen ausschließlich für die Stunden zur Deutschförderung eingesetzt werden.

Es ist doch sehr schön, dass in Familien mit Einwanderungsgeschichte oft mehrere Sprachen gesprochen werden, zumal viele dieser Kinder in Berlin geboren sind und bereits mehrsprachig aufwachsen. Das Sprachverhalten verändert sich mit den Generationen und Mehrsprachigkeit trägt zum Reichtum unseres Bildungssystems bei. Die Schulforschung hat aber gezeigt: Es kommt immer noch vor, dass aufgrund von diskriminierenden Zuschreibungspraktiken Schüler*innen der Kategorie ndH zugeordnet werden, allein basierend auf Namen, familiärer Migrationsgeschichte oder einer Mutter, die kein Deutsch spricht. Einige Bedingungen dafür, dies zu ändern, sind vorhanden: Sowohl die Sprachlernstagebücher der Kitas wie die Einschulungsuntersuchungen dokumentieren den individuellen Sprachstand und die Schulreife der Kinder. Ihre Ergebnisse müssen bei Schulbeginn sorgfältig in die Einstufung einfließen. Wir haben also Reformbedarf!

Weil Schule Erwartungen an Schüler*innen stellt, ist es unter dem Gesichtspunkt der Bildungsgerechtigkeit notwendig, dass Schüler*innen eine besser an ihren individuellen Bedürfnissen orientierte Förderung in der deutschen Sprache erfahren – ohne diskriminierende Zuschreibungen.

■ Filiz Kekülluoğlu und
Wolfgang Lenk,
Bezirksverordnete

Ein Meilenstein in der Jugendarbeit

Im Koalitionsvertrag hat sich R2G der besonderen Aufmerksamkeit und Fürsorge gegenüber unserer nachwachsenden Generation verpflichtet. Damit dieses Vorhaben noch vor dem Sommer gelingen kann, soll bis Ende Mai das Jugendförderungs- und Beteiligungsgesetz im Parlament verabschiedet werden.

Berlin als wachsende Stadt trägt für die Jugend – in all ihrer Vielfalt, Lebendigkeit und Stärke – eine besondere Verantwortung. Dieser Verantwortung wollen wir mit dem Jugendfördergesetz gerecht werden. Mit diesem Gesetz definieren wir die Demokratiebildung als ein wesentliches Ziel der Jugendarbeit in Berlin. Denn der vorgelegte Gesetzesentwurf möchte die Beteiligung junger Menschen an der Gestaltung ihres Umfelds spürbar stärken. Das Jugendfördergesetz soll auf Basis von Jugendförderplänen eine ausreichende Förderung und Finanzierung von Angeboten der Jugendarbeit ermöglichen und diese damit für die Zukunft sicher und planbar machen. Jugendförderpläne werden in einem partizipativen Verfahren, unter Beteiligung von Kindern und Jugendlichen erstellt. So schreibt es §43a des Jugendfördergesetzes erstmals verbindlich vor.

Jugendförderpläne – partizipativ und so vielfältig wie unsere Bezirke

10.000 junge Menschen wurden bisher nach ihren Wünschen für die Gestaltung des Jugendfördergesetzes befragt. Ihre Aussagen werden in die Ausarbeitungen der Jugendförderpläne einfließen. Über die Ergebnisse der Beteiligungen sollen die jungen Menschen informiert und in den Jugendförderplänen berichtet werden. Damit wurde erstmals ein transparentes und partizipatives Verfahren geschaffen, welches die Beteiligung von Jugendlichen in der Ausrichtung und Gestaltung von konkreten Angeboten für sie garantiert.

Jugendförderpläne sind strategische Steuerungselemente und stellen ein Leistungsversprechen dar. Sie werden alle 4 Jahre für das Land Berlin, aber auch für alle 12 Bezirke erstellt. Sie umfassen die Schwerpunkte, Inhalte und Ziele der schon bestehenden, aber auch der geplanten Jugend-

arbeit sowie die Verwendung der zur Verfügung stehenden Finanzmittel. Mit diesem Verfahren soll die Sicherung einer möglichst flexiblen und anpassungsfähigen Angebotsvielfalt gewährleistet werden.

Fünf Angebote für eine sozialraumorientierte Steuerung

Ziel des Jugendfördergesetzes ist, Einrichtungen und Erfahrungsräume für Jugendliche außerhalb des familiären und schulischen Umfelds zu schaffen. Unsere Jugend braucht Räume für Diskussionen, für die Entwicklung von Ideen, für demokratische Aushandlungsprozesse und für die selbstbestimmte Gestaltung ihrer Umwelt. In diesen Räumen soll es die Möglichkeit geben, geschützt und doch möglichst frei, Erfahrungen jenseits der elterlichen Einflüsse und schulischer Strukturen zu sammeln.

Um dafür verbindliche qualitative und quantitative Standards für eine sozialraumorientierte Steuerung zu schaffen, schreibt das Jugendfördergesetz fünf Angebotsformen vor, die in allen Bezirken vorgehalten werden müssen. Diese Angebotsformen umfassen:

1. standortgebundene offene Jugendarbeit,
2. standortunabhängige offene Jugendarbeit,
3. Erholungsfahrten und -reisen, internationale Begegnungen,
4. Unterstützung der Beteiligung von jungen Menschen,
5. gruppenbezogene, curricular geprägte Jugendarbeit.

Mit diesen Angeboten wird die objektiv-rechtliche Verpflichtung zur Bereitstellung eines bedarfsgerechten Angebotes an Jugendarbeit in allen

Bezirken konkretisiert und abgesichert.

Um sicherzustellen, dass keine Kürzungen mehr in der Kinder- und Jugendarbeit stattfinden, stellt der Senat 85 Mio. Euro zur Finanzierung der Angebote zur Verfügung. Diese können über acht Produkte seit dem 1.1.2019 von den Bezirken bebucht werden.

Eine Neuordnung in der Finanzierung

Damit die Bezirke die gesetzlichen Vorgaben im Rahmen der Zuweisungssystematik erfüllen können, wird den Bezirken ein weiteres Budget in Höhe von insgesamt 25 Mio. Euro gestellt. Um den Bezirken einen angemessenen Zeitraum für die Entwicklung und Umsetzung der Angebote einzuräumen, sollen die Mittel über zwei Doppelhaushalte verteilt werden. Derzeit wird zwischen der für Finanzen und der für Jugend und Familie zuständigen Senatsverwaltung und den Bezirken ein Umsetzungsmodell erarbeitet. Zusätzlich zu diesen Mitteln erhält jeder Bezirk Personalmittel für die Organisation von Beteiligungsprozessen.

Die acht Produkte können seit dem 1.1.2019 bebucht werden. Dabei fällt auf, dass aus den verschiedensten Gründen nicht alle Produkte ausreichend von den Bezirken abgerufen werden. Dem gilt es nun gegenzusteuern und ausreichend Wissen, Personal und Expertise in den Bezirken zur Implementierung des Jugendfördergesetzes zu stellen.

Denn in seiner umfangreichen und flexiblen Angebotsvielfalt soll dieses Gesetz das leisten, was die Kinder und Jugendlichen unserer Stadt verdient haben – ein unbeschwertes Heranwachsen in einem freien, demokratischen, toleranten und sie fördernden Umfeld.

■ Marianne Burkert-Eulitz,
Mitglied des Abgeordnetenhauses,

Grüner Angriff auf preußische Patrioten

Was für eine Aufregung so ein kleiner Antrag auslösen kann. Von der B.Z., der Berliner Woche über Berliner Zeitung, taz und Tagesspiegel bis hin zu überregionalen Zeitungen wie der Zeit, der Welt oder der FAZ rauschte die Hiobsbotschaft durch den deutschen Blätterwald: Die Grünen in Friedrichshain-Kreuzberg wollen die preußischen Generäle von ihren Straßenschildern schubsen.

Dabei fordern wir in unserem Antrag mit dem Titel „Entmilitarisierung des öffentlichen Raums“ (DS/1154/V) eigentlich nicht mehr, als einen öffentlichen Diskurs- und Beteiligungsprozess zu initiieren, der sich mit der Frage befasst, ob Straßen und Plätze unseres Bezirks, die nach Generälen, sonstigen Militärs und Schlachten benannt wurden, noch zeitgemäß und gewollt sind oder eine Umbenennung anzustreben ist. Und nicht „Wichtigtuerei“, „totalitärer Irr-

Generalfeldmarschalls trägt. Er war nicht nur ein Vertreter „patriarchaler Kriegskultur“, sondern maßgeblich an der Niederschlagung der Revolution von 1848 beteiligt, führte im November 1848 als Oberbefehlshaber die Truppen gegen das revolutionäre Berlin, verhängte das Kriegsrecht über die preußische Hauptstadt und wurde zum Gouverneur von Berlin ernannt.

Patriotisches Siegesboulevard im multikulturellen Bezirk

In dem anderen geht es darum, den nach dem „General und damit Bellizisten Blücher“ benannten „Blücherplatz an der AGB“ umzuwidmen. Denn: „das passt überhaupt nicht mehr in das heutige Kreuzberg“, so die Antragsteller*in. Benannt sind Blücherplatz und auch Blücherstraße nach Gebhard Leberecht von Blücher, Fürst von Wahlstatt (1742-1819). Beide gehören zum sogenannten Generalszug, der sich zwar nicht nur durch unseren Bezirk zieht, zu dem aber allein im heutigen Kreuzberg 12 Straßen und Plätze gehören. Er wurde zum 50. Jahrestag der „Befreiung“ Preußens von der teilweisen Besetzung durch napoleonische Truppen per Kabinettsorder vom 9. Juli 1864 nach Orten „glorreich“ gewonnener Schlachten gegen die Franzosen und den „Helden“ der sogenannten „Befreiungskriege“ benannt, welche nicht nur einen entscheidenden Wendepunkt in der Geschichte Berlins und

Passant*innen fragt, woher der Name Yorckstraße denn eigentlich komme, herrscht meist Ratlosigkeit. Dass es der preußische Generalfeldmarschall Johann David Ludwig Graf Yorck von Wartenburg ist, von dem die



Peter Graf Yorck von Wartenburg vor dem Volksgerichtshof

Foto: Bundesarchiv, Wikimedia Commons

Straße ihren Namen hat, wissen die wenigsten. Es stellt sich die Frage, ob sich nicht in den nunmehr mehr als 150 Jahren, die die Straßen und Plätze nun Namen wie etwa Gneisenaustraße, Hornstraße, Yorckstraße oder Blücherplatz tragen, die eigentlichen Namensgeber und deren Geschichte nicht längst von anderen Geschichten, Ereignissen, dem Leben in diesen Straßen überlagert wurden und zu etwas Eigenem geworden sind, zum Teil der zivilen, teilweise auch aufständischen Kreuzberger Geschichte. So verbindet sich etwa mit dem Namen Yorck inzwischen die Besetzung der Yorckstraße 59. Oder Institutionen wie das „Yorckschlößchen“ oder die YorckKinos. Oder mit dem Namen Hornstraße, benannt nach Heinrich Wilhelm von Horn, der etwa an der Belagerung Warschaws im Feldzug gegen Polen 1794/95 teilnahm, heute doch weitaus eher die seit nunmehr 20 Jahren existierende Kiez-Zeitung „Kreuzberger Horn“.

BVV-Kabinetts-Order?

Es geht also keineswegs darum, von oben herab quasi herrschaftlich eine Umbenennung per BVV-Beschluss zu veranlassen. Ganz abgesehen davon, dass dies heute in unserem Bezirk wohl auch kaum möglich wäre, sich ein Teil der 18.152 Anwohner*innen und hunderte Gewerbetreibende* allein des Generalzugs zu Recht dagegen wehren würden, ungefragt plötzlich eine andere Adresse zu haben. Viel-

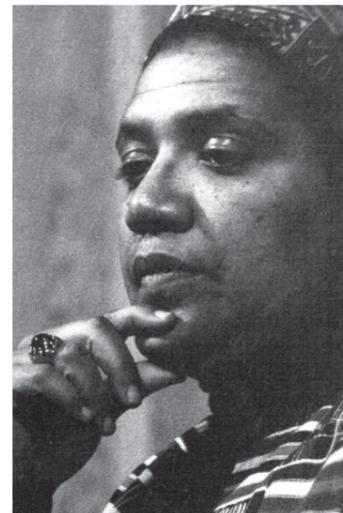
mehr möchten wir diese beiden Vorschläge zum Anlass nehmen, darüber zu diskutieren, ob es heute, nach zwei Weltkriegen, sieben Jahrzehnten des europäischen Friedensprojektes, der hoffentlich endgültigen Überwindung der „Erbfeindschaft“ zwischen Frankreich und Deutschland noch angebracht ist, die „Helden“ und „siegreichen Schlachten“ eines Krieges zu ehren, der – selbst wenn er kein Angriffskrieg war – auf beiden Seiten zu Leid, Elend und Tod führte.

Frauen- und Tuntepower statt Militarismus

Noch ein weiterer Grund würde für Neubenennungen sprechen. Nämlich die Erkenntnis, dass es uns nie gelingen wird, die durch Beschluss der BVV aus dem Jahre 2005 angestrebte Parität zwischen den Geschlechtern allein durch Neubenennungen von Straßen und Plätzen jemals zu erreichen. Rund 90% aller durch eine Benennung geehrten Personen in unserem Bezirk sind Männer. Es ist Aufgabe der BVV, dieses Missverhältnis zu korrigieren und dabei auch unkonventionelle Wege zu gehen.

Widerstandskämpfer, Philosoph, Tunte und Genderaktivistin

Vorschläge gibt es schon. Zwei davon, die allerdings weder Frauen noch LSBTIQ sind, würden den Straßennamen und damit die Adresse der Anwohner*innen selbst nicht verändern: Die Yorckstraße könnte in Zukunft nicht mehr den preußische Generalfeldmarschall Johann David Ludwig Graf Yorck von Wartenburg ehren, sondern seinen Urenkel Peter Graf Yorck von Wartenburg.



Audre Lorde Foto: Wikimedia Commons

1904 geboren, wurde der Jurist und prominente Widerstandskämpfer gegen den Nationalsozialismus, der zum sogenannten Kreisauer Widerstandskreis gehörte und in die Attentats-Pläne seines Cousins Claus von Stauffenberg eingeweiht war, am 8. August 1994 in Berlin Plötzensee auf ausdrücklichen Befehl Hitlers hingerichtet.

Und der Blücherplatz und die Blücherstraße könnte ebenfalls umgewidmet werden und zukünftig statt des vorwärtstürenden Generalfeldmarschalls gleichen Nachnamens den antistalinistischen Kommunisten, Philosophen und kosmopolitischen Intellektuellen Heinrich Friedrich Ernest Blücher ehren, der gemeinsam mit Hannah Arendt, die er 1940 heiratete, vor Nazis und deren französischen Kollaborateur*innen ins amerikanische Exil floh.



Melitta Sundström Foto: Jürgen Baldiga

Für Audre Lorde, schwarz, lesbisch, Feministin, Mutter, Dichterin, Kriegerin, wie sie selbst über sich sagt, die nach Beschluss der BVV mit einer repräsentativen Straße gewürdigt werden soll, muß eine solche noch gefunden werden. Da wäre die Wrangelstraße durchaus passend, weil in unmittelbarer Nähe ihres Wirkens in SO 36. Zudem gibt es für diese auch den Vorschlag, sie in Bizim Kiez Straße umzubenennen.

Und eine Ehrung für Soulsängerin und Polittunte Melitta Sundström, die nach ihrer eigenen HIV-Diagnose auch das Thema Aids in ihren Performances thematisierte, zur Aktivistin wurde, sich über die Verbürgerlichung der Szene lustig machte und 1993 im Alter von nur 29 Jahren an den Folgen von Aids starb, würde gut zu Kreuzberg passen und ein deutliches Zeichen der Erinnerung an all die Verluste durch HIV und Aids und den Widerstand gegen die Stigmatisierung der Betroffenen* auch in unserem Bezirk setzen.

■ Werner Heck, Bezirksverordneter



Ludwig Graf Yorck von Wartenburg Foto: Bundesarchiv, Wikimedia Commons

glaube“ oder „wahrhaft teutonischer grüner Säuberungsfuror“ (Götz Aly in der Berliner Zeitung) treibt uns „im Namen der politischen Korrektheit“ (Werner von Bebbler im Tagesspiegel) dazu, „historischen Straßennamen aus dem Gedächtnis der Menschen zu streichen“ (Gunnar Schupelius in der B.Z.). Auslöser sind in Wahrheit zwei Bürger*innenanträge an die bezirkliche Gedenktafelkommission.

Konservativer Gegenrevolutionär und ein ganzer Kiez

In dem einen wird gefordert, „die nach einem General benannte Wrangelstr. als Ausdruck einer patriarchalen Kriegskultur umzubenennen“. Und wenn mensch genauer hinschaut, wer eigentlich dieser Friedrich Heinrich Ernst Freiherr von Wrangel (1784-1877) war, nach dem bereits 1849 die heutige Wrangelstraße benannt wurde, dann ist es schon ein wenig abstrus, dass ein Kiez, der heute für lebendigen Widerstand gegen Gentrifizierung und für zivilgesellschaftlichen Zusammenhalt steht, immer noch den Namens dieses preußischen



Friedrich von Wrangel Foto: Bilderrevolutiono114

Preußens darstellen, sondern letztlich die Wurzel eines neuen nationalen oder nationalistischen Denkens sind, das in dieser Benennung seinen propagandistischen Ausdruck fand.

Alte Geschichte oder neue Geschichten?

Andererseits: Wenn mensch sich heute etwa an die Ecke Mehringdamm/Yorckstraße stellt und

Grüne Oasen für Amsel, Drossel, Fink und Star – und dich!

Die Sonne scheint, die ersten Hummeln schwirren herum und die Kirschblüten blühen – endlich ist der Frühling da! Jetzt wird es Zeit, Samen zu streuen, Beete zu bepflanzen und den grauen Hinterhof zu begrünen. Doch du weißt nicht so richtig, wie und wo du mit deinen Nachbar*innen anfangen sollst? Du weißt nicht, welche Pflanzen gut in deinem Hof wachsen und wie du sie richtig pflegst? Du hast nicht die passenden Werkzeuge und dir fehlt das Geld, um endlich ein Hochbeet selber zu bauen?

Beratung und Fördermittel zur Hofbegrünung

Der Bezirk unterstützt mit dem grünen Hofprogramm diese Ideen ganz

konkret. Also komm in die Grünberatung des Stadtteilausschuss Kreuzberg e.V.!

Dipl.-Ing. Patrick Paßler bietet seine Sprechzeiten von Mitte März bis Mitte Oktober an folgenden Orten an:

- Grünberatung Kreuzberg: Dienstag 18.00-19.30 Uhr, Büro Stadtteilausschuss Kreuzberg e.V., Bergmannstr. 14, 10961 Berlin, Tel: 030 61 28 27 02
 - Grünberatung Friedrichshain: Donnerstag 18.00-19.00 Uhr, Büro Selbsthilfetreffpunkt, Boxhagener Str. 89, 10245 Berlin, Tel: 030 29 18 348
- Individuelle Hoftermine sind nach Vereinbarung möglich.

Kontakt: post@stadtteilausschuss-kreuzberg.de facebook/Gruenberatung

Die kostenlose und fachkundige Beratung für Anwohner*innen unterstützt beim Planen und Gestalten zur Begrünung von Innen- und Hinterhöfen, Vorgärten und Baumscheiben, Dächern, Fassaden und Brandwänden. Gerade begrünte Innenhöfe sind Rückzugsräume für Bienen oder Vögel. Um die Artenvielfalt von wildlebenden Tieren zu fördern, werden insbesondere heimische Pflanzenarten verwendet. Gerade in unserem dicht besiedelten Bezirk ist jeder neue Fleck Grün willkommen! Zusätzlich unterstützt die Beratung bei Anträgen von Fördermitteln

für Materialien wie Nisthilfen, Bodenbelägen, Stauden und Zwiebelgewächsen. Es kann ein finanzieller Zuschuss von höchstens 25,00 €/m² Hoffläche beantragt werden. Der maximale Zuschuss beträgt 1.500,- €. Nach dem Motto „sharing is caring“ können auch Gartengeräte, wie Schubkarren und Spaten, ausgeliehen werden.

Das Umwelt- und Naturschutzamt unterstützt die Grünberatung, Anwohner*innen und soziale Einrichtungen aus Friedrichshain-Kreuzberg ihren Hof und ihren Kiez ökologisch umzugestalten. Im letzten Jahr wurden u. a. in der Geflüchtetenunterkunft in der Jakobstraße mit den Bewohner*innen zwei Bepflanzungsaktionen durchgeführt. So konnte die Brachfläche und

die Containeranlage verschönert werden. In der „Guten Tag Kinder“-Kita wurden mit den Kindern Hochbeete gebaut und bepflanzt. Ein schattiger Altbauhinterhof wurde mit Rankwein und Bodendeckern zu einer neuen Erholungsoase für die Anwohner*innen umgewandelt. Neben der Verbesserung des Mikroklimas und dem Erhöhen der Artenvielfalt wurde so ganz nebenbei der soziale und nachbarschaftliche Zusammenhalt gestärkt. Kinder erlebten, wie aus einem Samen leckeres Basilikum wächst. Und nun ran an die Kübel und viel Spaß beim Gärtnern!

■ Clara Herrmann, Stadträtin für Finanzen, Umwelt und Kultur

„Keine faulen Kompromisse machen“

Abschied von Elke Böttcher (13.1.1958 - 17.2.2019)

Am 17. Februar 2019 ist Elke Böttcher, Mitbegründerin und Vorstandsfrau des FRIEDA-Frauenzentrums, langjährige Bezirksverordnete in der BVV-Friedrichshain für das Bündnis Friedrichshain, über viele Jahre aktive Mitfrau in der Bezirksgruppe von Bündnis 90/Die Grünen Friedrichshain-Kreuzberg und Mitredakteurin dieser Zeitung, nach längerer, schwerer Krankheit verstorben. Zum Abschied möchten wir Elke noch einmal bei uns zu Wort kommen lassen und veröffentlichen hier einen (leicht gekürzten) Text der Journalistin Karla Popp, in dem Elke über sich, ihr Leben, ihre Arbeit und ihr vielseitiges Engagement berichtet. Dieser Text wurde erstmals im November 2013 in „Selbstauskünfte – Lebenslagen von Frauen in Berlin“, herausgegeben vom berliner frauen netzwerk (bfm e.V.), veröffentlicht.

Mit Friedrichshain ist Elke Böttcher eng verbunden. 1981 zog sie in diesen Stadtbezirk, da war sie 23 Jahre alt. Über die Hälfte ihres Lebens hat sie in Friedrichshain gewohnt, ihren Lebensunterhalt verdient, politisch gearbeitet, geliebt und gelacht. „Ich fühle mich hier einfach heimisch. Ich kenne fast jede Straße, sehr viele Leute. Wenn ich mich mit Freunden verabrede, dann in Friedrichshain, in einer Kneipe, von denen es sehr viele gibt. Der Stadtteil ist zentral gelegen. Er versprüht so einen spröden Charme. Was mich nach wie vor stört ist der Hundekot auf den Fußwegen. Aber ansonsten ist Friedrichshain mein Lieblings-Bezirk. Ich werde wahrscheinlich nicht davon loskommen.“ Das sagt Elke, die nun bereits drei Jahre in Lichtenberg wohnt.

Erste Erfahrungen

Geboren in Görlitz, dort aufgewachsen als das älteste von drei Mädchen. Die Mutter verstarb, als Elke 13 Jahre alt war. Die Familie war in der Kirchengemeinde verankert. Als Grund dafür, dass Elke nicht die erweiterte Oberschule besuchen konnte, wurde offiziell genannt, es würde zu viele Mädchen geben. Aber Elke meint, die Ablehnung erfolgte, weil sie keine Jugendweihe hatte. Sie ging den Weg zur Hochschulreife über eine Berufsausbildung mit Abitur und lernte Textilfacharbeiterin in den Oberlausitzer Textilbetrieben. In Elkes Erinnerung war die Begegnung mit den Arbeitern im Betrieb „sehr lehrreich, aber ernüchternd“. Sie hatte sich die „führende Klasse im Sozialismus“ anders vorgestellt. Ein Betriebswirtschaftsstudium mit dem Schwerpunkt Energieanwendung absolvierte sie an der Ingenieurhochschule Zittau. Elke hätte Pädagogik oder Psychologie bevorzugt. Elke schenkte einer Tochter das Leben. Der Vater ihres Kindes bekam im letzten Studienjahr ein Angebot im Kraftwerksanlagenbau in Berlin zu arbeiten. Sie ging mit. Das war im Herbst 1981. In der Beziehung kriselte es. Also Trennung. Elke war froh, in Berlin zu sein. Sie arbeitete im Kombinat für Kraftwerksanlagenbau in der Abteilung Forschung und Entwicklung. Ihr Sohn wurde geboren. Nach seinen ersten Wochen in der Kinderkrippe empfand Elke ihren Alltag nur noch als hektisch. Elke hatte etwas Geld gespart, darum beschloss sie für einige Zeit mit den Kindern zu Hause zu bleiben. Später wurde der Wiedereinstieg in die Berufstätigkeit schwierig: „Meine Schwester und ihr Mann hatten beschlossen auszureisen.“ Elke fand dann 1987 doch wieder eine Tätigkeit, sogar in ihrem Fachgebiet bei „Rationalisierung und Projektierung Leipzig“, das Büro befand sich in der Colbestraße in Friedrichshain. Dort wurden Systemlösungen entwickelt für die Abwasserwärme in Betrieben des Großhandels. Es kam der Herbst 1989. Und sie ahnte, dass ihre Arbeit über kurz oder lang überflüssig sein würde. In der Zeit etwa erfuhr Elke im Literatur-Café „Wolkenbügel“ an der Landsberger Allee, in dem sie seit 1988 im Klubaktiv mitarbeitete, von einer freien Stelle. Menschen trafen sich dort, es gab Literaturlesungen und Kaffee. Elke liebte seit eh und je die Kommunikation und nahm die Chance wahr.

Durch ihre Freunde, wie aus dem Ökokreis der Samaritergemeinde, lernte sie Menschen kennen, die sich schon längere Zeit mit Themen befassten, die auch Elke wichtig waren:

Menschenrechte, Frieden, Geschlechterfragen. Sie engagierte sich für den Unabhängigen Frauenverband, der sich im Dezember 1989 gründete. Frauen trafen sich und schufen sich ihre eigenen Räume. Zum Beispiel das „Frieda-Frauen-Zentrum“ in Friedrichshain. „Das interessierte mich, denn schon zu DDR-Zeiten hatte mich immer geärgert, dass man mit Kindern tagsüber kaum irgendwo hingehen konnte.“ Elke ging hin. Das Publikum war bunt. Viele sagten ihre Meinung, hatten Vorstellungen über die Arbeit des Frauenzentrums. „Ich bin dabei geblieben, weil ich dort einen lebendigen und vielfältigen Kreis von Frauen fand.“ Sie hatten gute Ideen,

Elke Bezirksverordnete für dieses Bündnis.

Veränderungen gestaltet – sich selbst verändert

Mehr als zwanzig Jahre seit diesem Aufbruch – für Frauenprojekte in der Stadt hat sich vieles verändert, findet Elke. Sie hat manches davon mit anderen Frauen vorgedacht und umgesetzt. Die Entwicklung vom Frauenzentrum „Frieda“ hat sie mitgemacht, viele Jahre im Vorstand mitgewirkt. Das Programm, die Veranstaltungs- und Beratungsangebote sind nach ihrer Auffassung vielfältiger, professioneller

gere Zeit mit langzeitarbeitslosen Menschen arbeitete. Ist den Frauen bewusst gewesen, worin die Ursachen für ihre Situation liegen? Elke meint: „Selten. Oftmals neigen die Frauen dazu, ihre Probleme zu verschleiern. Es ist ihnen unangenehm, zum Beispiel ohne eigenes Obdach zu sein, Schulden zu haben.“ Sie kenne Frauen, die nach der Devise „Augen zu und durch – solange wie möglich“ handeln. Bei einem Obdachlosenhilfeprojekt sei es ähnlich gewesen: „Den Frauen war ihre Lage peinlich, sie gaben sich selbst die Schuld daran, glaubten, sie hätten versagt.“ Elke weiß von Frauen, oft sind es Ältere, gerade auch Migrantinnen, die wollen

leitung im Projekt fanden sie Spaß an der Arbeit, wurden stabiler und selbstbewusster. Das ist doch ein Stück Erfolg.“ Sie beobachtete auch, wie sich die Leute mit ihrer Arbeit auseinandersetzten, wieder in einem Team waren, Anerkennung fanden. Wie Frauen mit Migrationshintergrund den deutschen Kulturkreis besser kennenlernten, die deutsche Sprache beherrschten. Anfangs wollten die Leute aus Kreuzberg gar nicht nach Friedrichshain kommen. Die Oberbaumbrücke schien ihnen in gewisser Weise unüberwindlich. Das habe ich schon lange nicht mehr gehört.“

Gesundheit, Glück und Geld

In den letzten Jahren hat Elke tiefe Einblicke in berührende, auch sehr erschütternde Lebenswege getan. Dass solch eine Arbeit viel Kraft kostet, ist denkbar. Woher nimmt Elke sie? Gibt sie mehr als sie kann? Ja, sie hat nicht auf sich geachtet, sagt sie. Elke ist schwer krank geworden. Weil sie über ihre Grenzen gearbeitet hat, sieht sie sich nun veranlasst, ihren Lebensstil zu verändern. Sie sei ruhiger geworden, sagen die, die mit ihr zusammenarbeiteten.

Es ist kein hohes materielles Niveau, auf dem sich Elkes Leben bewegt. Sie macht jedoch nicht den Eindruck, als wenn sie unglücklich wäre. „Nö. Ich kenne ja auch Leute, die viel Kohle und große Sorgen haben. Glück ist nicht abhängig vom Geld. Gar kein Geld zu haben, macht mir zwar Angst. Aber ich brauche auch nicht so exorbitant viel.“ Am liebsten wäre ihr die Kombination von Gesundheit, Glück und Geld. Wenn sie schon mal zusätzlich Geld hat, gibt sie es aus für Kino, Konzerte, Bücher, Essen, Trinken – hauptsächlich zum Weggehen mit Freunden, Freundinnen, Bekannten. Zum Thema Bücher ergänzt sie: „Wenn ich was unbedingt wollte, habe ich das Buch gekauft. Sachbücher (für die Gesundheit), Biografien manchmal, Krimis.“

Elke fährt manchmal zu ihren Schwestern. Die Fahrgelegenheit muss für sie möglichst wenig kosten. Elke unterstützt ihren studierenden Sohn. Sie setzt heute andere Prioritäten. Auch angesichts ihrer Erkrankung wiederholt sie ihren Standpunkt, keine falschen Kompromisse mehr zu machen. Bei einem Gesundheitstraining wurde gefragt: Woraus beziehen wir Kraft oder was ist uns wichtig im Leben? Für Elke ist die Antwort klar: Sie will sich bei der Arbeit wohl fühlen, aber diese soll ihr Leben nicht dominieren. Ihr fällt außer Arbeit so vieles mehr ein, was für sie wichtig ist: Sich um ihre Liebesbeziehung kümmern, regelmäßig Sport machen, grundsätzlich nicht mehr am Wochenende arbeiten. Elke kann sich vorstellen mehr zu malen, hatte sie dies doch bereits während ihres Studiums in einem Mal- und Zeichenzirkel getan und in jüngster Zeit hin und wieder, zur Entspannung. Wenn es Geld und Zeit erlauben, besucht sie ihre Kinder und Enkelkinder in Dresden und New York. Und: Elke will sich weiter engagieren, für andere einsetzen, Unentschlossene zum eigenen Tun motivieren.

■ Karla Popp, Journalistin

Karla Popp, die mit Elke befreundet war und sich mit ihr auch über den Umgang mit ihrer beider schweren Krankheit austauschte, verstarb im Oktober 2017.



Elke Böttcher

Foto: Christian Köneke

aus denen unter anderem das erste autonome Frauenhaus in Ost-Berlin entstanden ist.

Herbst 89 – Umbruch in neue Möglichkeiten

Es war die Zeit der Wahlvorbereitung zur Volkskammer im März und später zu den Kommunalvertretungen im Mai 1990. Die Frage, ob Frauen in Parteien oder mit eigenständigen Frauenstrukturen kandidieren sollten, wurde diskutiert. Neu zugelassene Parteien und Verbände schlossen sich zusammen zum Bündnis Friedrichshain. Gleichstellungsfragen wurden wichtig, auch dass jeder erste Listenplatz mit einer Frau besetzt wurde. Elke ist heute noch verwundert über sich: „Ich bin da so reingerutscht. Ich hätte mir zu diesem Zeitpunkt nicht vorstellen können, dass ich mal so eine Art Parteiarbeit machen würde.“ Für die Wahlen zur Bezirksverordnetenversammlung (BVV) Friedrichshain bewarb sich auch Elke Böttcher und wurde gewählt. Damals gab es noch 100 Bezirksverordnetensitze in der BVV, 12 davon erhielt das Bündnis Friedrichshain. Über zehn Jahre war

geworden. „Aus losen Treffs wurden feste Strukturen geschaffen mit mehr Mitarbeiterinnen. Was es immer noch nicht gibt, ist eine ausreichende Finanzierung wie im Westen. In Ost-Berlin wird darum immer eine Ko-Finanzierung nötig sein, deshalb gibt es die Abhängigkeit von ABM, MAE, ÖBS, Bürgerarbeit oder was gerade möglich ist“, schätzt Elke Böttcher ein. Und betont: „Es bedarf einer durchgehenden Finanzierung. Es ist ein richtiger Kampf ums Geld für die Erhaltung der Projekte.“ Dabei nimmt sie für sich selbst in Anspruch, verantwortlich zu handeln und keine faulen Kompromisse zu schließen. Es reicht ihr nicht, nur lose, unverbindlich, zusammen zu arbeiten, wenngleich sie das durchaus auch für wichtig hält. Sie will auch andere Frauen ansprechen, für ihre Rechte einzutreten. Elke hat die Überzeugung gewonnen: „Wenn du mit der Politik unzufrieden bist, musst du dich dafür engagieren, dass eine andere Politik gemacht wird.“ Sie hat sich durch ihre politische Arbeit verändert, sagt sie.

Elke Böttcher lernte zunehmend mehr Frauen kennen, denen es nicht gut ging, solche die von Armut und Gewalt betroffen waren. Damit war sie stärker konfrontiert, als sie län-

jede Arbeit annehmen, um ihre Situation und die ihrer Familie zu verbessern. „Das bedeutet, ich gehe putzen, dann bleibe ich aber Putze, obwohl ich einen Berufsabschluss habe.“

„Augen zu und durch“ hilft nicht

Nach Elkes Auffassung empfinden die Frauen mit DDR-Sozialisation es als noch schwerer, geradezu erniedrigend, in prekäre Verhältnisse abzugleiten oder nicht mehr aus eigener Kraft ihre Probleme lösen zu können als Frauen aus dem Westen. Den Grund sieht Elke in der früher erlebten Selbstständigkeit. „Es war für uns selbstverständlich, finanzielle Unabhängigkeit zu haben, Anerkennung im Beruf zu erlangen.“

Bei der Betreuung von arbeitslosen und sozial benachteiligten Menschen war es Elke wichtig, solche Tätigkeitsfelder zum Beispiel in Projekten für Mehraufwandsentschädigung (MAE) zu erschließen, in denen jene ihre Fähigkeiten und Berufserfahrungen oder Kenntnisse einbringen konnten. Nach Elkes Wahrnehmung ging das auch einige Zeit ganz gut. „Durch die An-